



SCHWERPUNKT DEMOKRATIE

Parlamentarier am
Futtertrog des Staates

SCHWERPUNKT DEMOKRATIE

Wie die Schweiz
gekauft wird

WIRTSCHAFT & POLITIK

Lobbying für die
Ostschweiz

IHK facts

Das Wirtschaftsmagazin Nr. 3/2015



IHK
St. Gallen
Appenzell

Mein erster Handelsplatz.



Meine erste Bank.

Global denken. Regional handeln. Gemeinsam wachsen. Von der Gründung bis zur Nachfolge:
Wer langfristig erfolgreich sein will, zählt gerne auf die St.Galler Kantonalbank. Sie setzt in
der Ostschweiz nachhaltige Impulse und übernimmt eine grosse volkswirtschaftliche Verantwortung.
Das hat sie für viele Unternehmer zur ersten Bank gemacht. [sgkb.ch](https://www.sgkb.ch)

Gemeinsam wachsen.  **St.Galler
Kantonalbank**



Liebe Leserin, lieber Leser

3458 – so viele Kandidatinnen und Kandidaten wollten vor vier Jahren in den Nationalrat einziehen. Gereicht hat es dann bekanntermassen trotzdem nur 200 Personen zum ruhmreichen Amt. Allen Unkenrufen zum Trotz ist es offensichtlich noch immer attraktiv, nationale Politik zu betreiben. Mit dieser Zahl an Kandidaturen erreichte man 2011 ein Allzeithoch. Die frühere Rekordmarke wurde damals gleich um 17% getoppt. Auch dieses Jahr stehen die Chancen gut, den Rekord erneut zu pulverisieren. Zwar war der Wahlanmeldeschluss beim Verfassen dieser Zeilen noch nicht verstrichen, aber im Kanton St.Gallen wurden bereits vorzeitig mehr Listen angemeldet als noch vor vier Jahren.

Rekord hin oder her: Die nächsten Monate werden medial von den Wahlen bestimmt. Die eidgenössischen Wahlen sind für die Schweizer Politik das, was eine Weltmeisterschaft für den Fussball ist. Will heissen, dass man fast gar nicht darum herum kommt, von diesem politischen Grossereignis Kenntnis zu nehmen. An den Strassen werden Plakatwälder aufgestellt, Politiker verirren sich plötzlich auf soziale Medien und die Zeitungen freuen sich für einmal über einen Anstieg an Inserateverkäufen.

Als Industrie- und Handelskammer, die sich immer wieder in wirtschaftspolitische Diskussionen einbringt, lassen wir es uns selbstverständlich nicht nehmen, die Wahlen ebenfalls zu thematisieren. Dies gleich doppelt: So erhalten Sie zusammen mit diesem IHKfacts ein Sonderheft. Zudem ist der Schwerpunkt des vorliegenden IHKfacts der Demokratie gewidmet. So erfahren Sie zum Beispiel, wie hoch der Anteil der Kantonsparlamentarier ist, die ihren Lohn vom Staat respektive Steuerzahler beziehen. Oder wie unsere Demokratie durch staatliche PR manipuliert wird. Oder welche Erwartungen IHK-Vorstandsmitglieder in die neu zu wählenden Bundesparlamentarier setzen. Oder wo IHK-Direktor Kurt Weigelt die Ursache für das Desinteresse vieler Unternehmer an einem politischen Engagement sieht.

Wichtig ist, dass sich auch die Wirtschaft an den politischen Diskussionen beteiligt und sich für ihre Interessen einsetzt. Gehen Sie also diesen Herbst wählen – wir freuen uns, wenn unsere beiden Hefte Ihnen einen Anstoss zur «richtigen» Wahl geben.



Robert Stadler

Leiter Kommunikation / Stv. Direktor
IHK St. Gallen-Appenzell



Robert Stadler

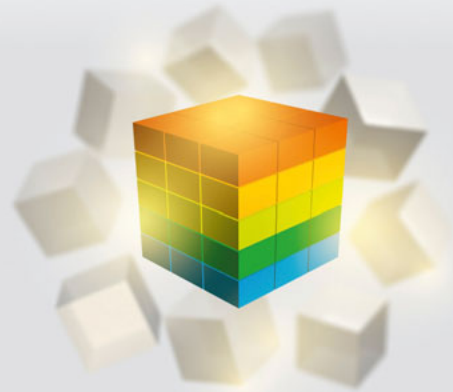
TREUHAND | EXPERTEN

UNSERE
ERFAHRENEN MITGLIEDER
SIND IHRE EXPERTEN
IN SACHEN ERFOLG.

TREUHAND | SUISSE

www.treuhand-suisse.ch
Schweizerischer Treuhänderverband

Mit constagCUBE® mehr IT-Schlagkraft!



kompetent | effizient | transparent

Sprengen die Business Anforderungen die interne IT-Organisation? Steigen die IT-Kosten ohne spürbaren Mehrwert? Ist das «Time to market» zu langsam?

Dann wird Service Management zum Thema. Damit dies auch für mittelständische Unternehmen machbar wird, haben wir den constagCUBE® entwickelt. **constagCUBE® – Service Management as a Service**



Economization



Automation



Visualization



Specialization



Calibration



www.constagcube.ch



Ahhhhh!



Gönnen Sie sich eine Pause von Ihren IT-Problemen.

IT-Outsourcing ab 5 Franken pro Tag
und Arbeitsplatz.

Sicher. Kundennah. Erfahren.

www.ihre-it.ch

Mit nur 3 Klicks zu Ihrem
individuellen Angebot.

EGELI
informatik



Elektrotechnik aus einer Hand

Huber+Monsch

Starkstrom | Automation | Telematik | Informatik

St.Gallen | Gossau | Rorschach

www.hubermensch.ch

T 071 274 88 77



Am Futtertrog des Staates

Nur Minderheit der Kantonsräte arbeitet in Privatwirtschaft

Gekaufte Schweiz?

Wie unsere Demokratie durch Staatspropaganda manipuliert wird

Was sich Unternehmer von den Wahlen erhoffen

IHK-Vorstandsmitglieder äussern ihre Wünsche

Mythos Milizparlament

Im Bundesparlament sitzen immer mehr Berufspolitiker

«Wirtschaft und Politik driften auseinander»

Interview mit IHK-Direktor Kurt Weigelt zu den Wahlen

Die nächste Generation

Drei unter 30-jährige Nationalratskandidierende im Gespräch

IHK-Cockpit – Wirtschaftskennzahlen aus der Ostschweiz

Verstärkter Rückgang der Exporte

Metropolitanregion Ostschweiz

Einmal mehr keine gemeinsame Ostschweizer Position

Lobbying für die Ostschweiz in Bundesbern

Nationalräte Andrea Caroni und Lukas Reimann im Gespräch

Ältere im Arbeitsmarkt

Benachteiligung aufgrund staatlicher Fehlanreize

Geschäftsanwendungen aus der Steckdose

Zweite EcoOst-Trendfabrik zu Cloud Computing

Dienstwagen als Risiko für Schweizer Unternehmen

Private Nutzung von Grenzgängern eingeschränkt

Rückblick auf die IHK-Generalversammlung in Degersheim

IHK erneuert Vorstand

Offene Türen für eine offene Schweiz

IHK-Arena mit Walter Locher und Thomas Müller

Neu im IHK-Vorstand

Porträt von Rolf Frei, CFO der SFS Gruppe

IHK-Neumitglied

A. Kuster Sirocco AG, Schmerikon

BLITZLICHT

06

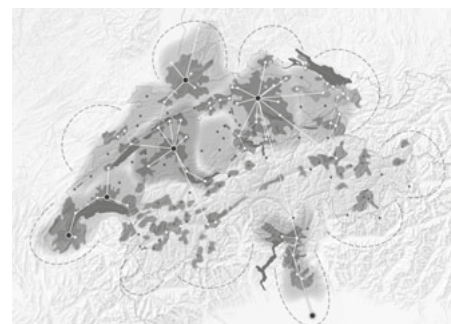
SCHWERPUNKT

DEMOKRATIE

08



WIRTSCHAFT UND POLITIK 22



KNOW-HOW

31



IHK

34



FIRMENNEWS / NETZWERK 40

AGENDA

42

Kein Blatt vor dem Mund

Die Degersheimer Gemeindepräsidentin Monika Scherrer wusste die Durchführung der Generalversammlung der IHK St.Gallen-Appenzell in ihrer Gemeinde zu nutzen. Dort gebührt nämlich das Schlusswort jeweils dem Gemeindeoberhaupt. Nach einem Imagefilm über Degersheim erklärte sie in ihrer kurzen Rede, dass in «Teger-sche» durchaus nicht nur eine heile Welt herrsche. Ohne Rücksicht auf die anwesenden Regierungs- und Kantonsräte machte sie charmant, aber ungewohnt deutlich klar, dass die kantonale Politik ihrer Gemeinde zuweilen Schwierigkeiten bereite. Als Beispiel nannte sie unter anderem die Kantonsstrassen: Wer von Herisau her nach Degersheim fahre, stelle fest, dass die Strasse auf Ausserrhoder Boden saniert sei. «Sie merken aber sofort, wenn Sie auf St. Galler Gebiet sind. Dann wird es eng, holprig, unübersichtlich und gefährlich», erklärte die Gemeindepräsidentin. Die Unfallstatistik spreche eine deutliche Sprache. Seit 2004 versuche die Gemeinde deshalb, das Projekt im Strassenbauprogramm des Kantons St. Gallen zu platzieren – bisher erfolglos.

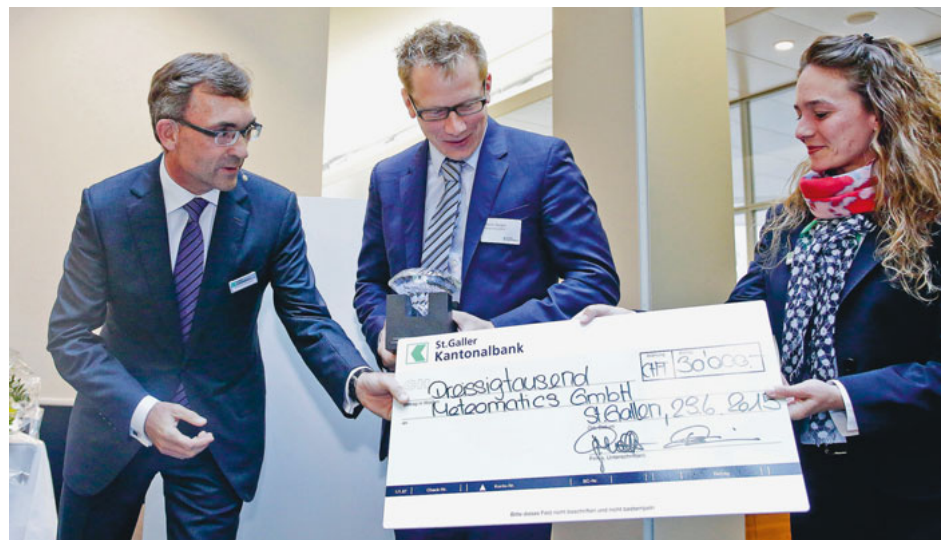
Seien wir gespannt, ob der Appell von Monika Scherrer an der IHK-Generalversammlung Früchte tragen wird.



Meteomatics GmbH gewinnt STARTFELD Diamant 2015

Die Meteomatics GmbH aus St. Gallen wurde Ende Juni mit dem Jungunternehmerpreis der St.Galler Kantonalbank «STARTFELD Diamant» ausgezeichnet. Der Preis wurde in diesem Jahr zum vierten Mal verliehen. Roland Ledergerber, CEO der Kantonalbank und IHK-Vizepräsident, überreichte den Gewinnern einen Check über 30 000 Franken.

Meteomatics hat sogenannte Meteodrones entwickelt – Drohnen, mit denen Wetterdaten präzise erfasst und so Unwetter- und Nebelprognosen wesentlich verbessert werden können. Ziel ist der Aufbau eines Drohnen-Messnetzes. Das Projekt ist fast ausnahmslos in der Ostschweiz entwickelt worden.



21 Ostschweizer Exportsachbearbeiter erhalten SIHK-Diplom

Dieses Jahr nahmen in St. Gallen 23 Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Lehrgang Exportsachbearbeiter teil. 21 von ihnen haben letztlich die Prüfung absolviert und bestanden. Bei der Abschlussprüfung hat Susanne Kälin von der Firma HPA AG in St. Margrethen am besten abgeschnitten. Sie erreichte die Höchstnote 6.0. Herzliche Gratulation!

Mit dem von der IHK und der Swiss School for International Business durchgeführten Lehrgang verschaffen sich die Exportfachleute an sechs Kurstagen einen Gesamtüberblick über das Exportgeschäft. Der Lehrgang wird 2016 wieder angeboten.



Ein grosses Danke den Abtretenden

Mit der vergangenen Generalversammlung fand für die IHK eine regelrechte Zäsur statt. Denn der Vorstand verlor mit Heinrich Spoerry, Christoph Tobler, Ruedi Lieberherr und Martin Menrath vier starke Persönlichkeiten. Sie alle nehmen mit ihren Unternehmen eine führende Stellung ein und verkörpern durch ihre Innovationskraft und ausgesprochene Welt-

offenheit auch beispielhaft die DNA der Ostschweizer Industrie. Wir danken den zurückgetretenen Vorstandsmitgliedern ganz herzlich für ihr Engagement zugunsten der IHK und der Ostschweizer Wirtschaft.



Neue Vorstandsmitglieder

Wo es Rücktritte zu verzeichnen gibt, werden Neuwahlen nötig. Da mit Markus Isenrich bereits im vergangenen Jahr ein IHK-Vorstandsmitglied zurückgetreten ist, waren an der diesjährigen Generalversammlung fünf neue Vorstandsmitglieder zu wählen. Wir gratulieren zur Wahl: Rolf Frei (SFS-Gruppe, siehe Porträt auf Seite 37), Katharina Lehmann (Blumer Lehmann), Otto Hofstetter (Otto Hofstetter AG), Mirko Lehmann (IST AG) und Christof Oswald (Bühler-Gruppe, fehlt auf dem Bild). Mehr Informationen zur IHK-GV finden Sie auf den Seiten 34 und 35.

«Südwörcht ond rässe Chäs»

Bereits zum fünften Mal schwangen sich die IHK-Mitglieder für eine eintägige Töfftour auf ihre Motorräder. Der diesjährige Ausflug stand unter dem Motto «Südwörcht ond rässe Chäs» und führte bei bestem Wetter über rund 230 Kilometer durchs Appenzellerland und ins Toggenburg. Start und Ziel war St.Gallen – die knapp 30 Teilnehmenden konnten sich morgens vor dem IHK-Sitz mit Kaffee und Gipfeli stärken, bevor die Motoren aufheulten. Der nächste Time-Out-Anlass aus der IHK-Merchants-Club-Reihe findet am 11. September 2015 statt. Bei einem Tennisturnier stehen wieder Spiel, Spass und Sport im Zentrum.



Mehrheit der Kantonsparlamentarier erhält Lohn zumindest teilweise von der öffentlichen Hand

Am Futtertrog des Staates



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

Überraschend viele Volksvertreter in den Ostschweizer Kantonsparlamenten verdanken ihr Einkommen direkt oder indirekt dem Steuerzahler. Während diese «Staatsquote» in Appenzell Innerrhoden 38% beträgt, liegt der Anteil der vom Staat abhängigen Parlamentarier im Ausserrhodischen bei 46% und im Kanton St. Gallen sogar bei über 57%. Dies kratzt an der Unabhängigkeit der Parlamente, deren Aufgabe es wäre, Regierung und Verwaltung zu kontrollieren. Wer sein Auskommen dem Staat verdankt, dürfte im Zweifelsfall eher für noch mehr Staat stimmen.

Parlamentarier sollen das Volk vertreten und dieses in den Räten repräsentativ abbilden. Zumindest beim Bundesparlament muss diese Formel schon länger angezweifelt werden. Ein typisches Beispiel ist die Landwirtschaft. Rund 13 Prozent der Nationalräte gehören dem Bauernstand an, während in der Gesamtbevölkerung nur noch etwa drei Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft ihr Auskommen verdienen. Entsprechend überdurchschnittlich erfolgreich operieren die Bauernvertreter in Bern zugunsten ihrer eigenen Interessen.

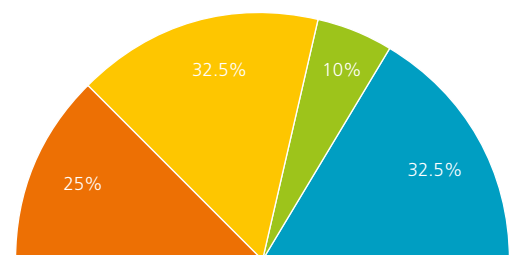
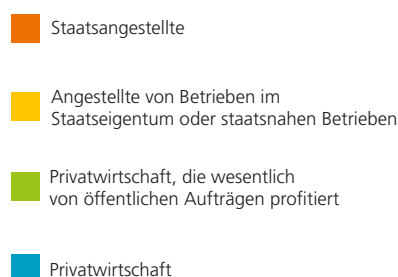
Dabei wäre eine der Bevölkerung entsprechende Zusammensetzung der Parlamente nicht nur aus Gründen der Repräsentativität wichtig, sondern auch weil so unabhängige und bessere Entscheide entstehen. Wer seine Existenz vom Staat abhängig machen muss, wird im Zweifelsfall eher für noch mehr Staat stimmen und der Regierung und Verwaltung weniger kritisch begegnen. Dabei wäre diese Kontrollfunktion eine der entscheidenden Aufgaben eines Parlamentarier in unserem System der «checks and

balances». Zudem ist es wichtig, dass wirtschaftlicher Sachverstand in den Parlamenten vertreten bleibt. Ansonsten besteht die Gefahr, dass sich unsere Politik immer stärker von der Wirtschaft wegbewegt hin zu einer Staatswirtschaft.

«Staatsquote» in Kantonsparlamenten

Doch wie steht es in den Ostschweizer Kantonsparlamenten um die «Staatsquote», sprich um den Anteil jener Parlamentarier, die ihr Einkommen ganz oder teilweise durch den Staat erzielen? Wir haben die Zusammensetzung der Parlamente der Kantone St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden untersucht und die Berufe der Legislativpolitiker in folgende vier Kategorien eingeteilt:

- Kategorie 1 / Staatsangestellte: Sie beziehen ihren Lohn direkt auf Kosten des Steuerzahlers und sind abhängig vom Staat. Zur Kategorie 1 gehören z.B. Gemeindepräsidenten oder Verwaltungsangestellte.



St. Gallen



- Kategorie 2/Angestellte von Betrieben im Staatseigentum oder staatsnahen Betrieben: Zu dieser Kategorie werden z.B. Lehrer, Bahnangestellte oder Landwirte gezählt, da Letztere wesentlich von den Direktzahlungen leben.
- Kategorie 3/Privatwirtschaft, die wesentlich von öffentlichen Aufträgen profitiert, z.B. Tiefbauunternehmer oder Umweltberater.
- Kategorie 4/Privatwirtschaft: Alle, die ihr Einkommen weitgehend unabhängig vom Staat verdienen, z.B. selbständige Unternehmer oder Angestellte in Privatunternehmen.

St.Gallen: Nur ein Drittel in Privatwirtschaft

Die Einteilung in die verschiedenen Kategorien erfolgte gemäss den von den Kantonen publizierten Berufsangaben der Legislativpolitiker. Zwar kann die Kategorisierung nicht in allen Fällen trennscharf erfolgen, und zudem haben auch die vielen vorzeitigen Rücktritte der letzten Monate aus dem St. Galler Kantonsparlament das Bild laufend marginal verändert. Trotzdem ist die Tendenz glasklar: Die Zahl der Parlamentsmitglieder, die ihr Auskommen vollumfänglich in der Privatwirtschaft verdient, hat ein bedenklich tiefes Niveau erreicht.

Dabei zeigt sich wenig überraschend, dass die Staatsabhängigkeit im Parlament steigt, je grösser der Kanton ist: Zählt man die Kategorien 1 und 2 zusammen, um den Anteil der von Staatsgeldern abhängigen Parlamentariern zu ermitteln, so resultiert im Kanton St. Gallen eine parlamentarische Staatsquote von 57.5 %, im Kanton Appenzell Ausserrhoden eine von 46 % und im Appenzell Innerrhoden liegt diese noch bei 38 %. Nimmt man auch die Kategorie 3 dazu, verdüstert sich das Bild weiter: Während im Kanton St.Gallen nur etwa ein Drittel in keiner Form von einem Futtertrog des Staates lebt, beträgt dieser Anteil im Kanton Appenzell Ausserrhoden etwas über 40% und in Innerrhoden immerhin die Hälfte aller Grossratsmitglieder.

Staatsnahe Wirtschaftspartei

Einer der Hauptgründe für die hohe «Staatsquote» im St.Galler Kantonsparlament ist die Präsenz der Gemeindepräsidenten und Stadträte. Sie machen rund einen

Sechstel des Rates aus – bei der Wirtschaftspartei FDP stellen sie zurzeit sogar fast die Hälfte der Fraktion. Damit bestätigt sich das etwas zwiespältige Bild der FDP im St. Galler Kantonsrat, das sich schon bei der Lancierung des IHK-Politratings vor einem Jahr gezeigt hat. Zwar politisiert die FDP vor allem auf Bundesebene wirtschaftsfreundlich, ist aber im St. Galler Parlament gleichzeitig die Partei, die am stärksten vom Staat abhängt.

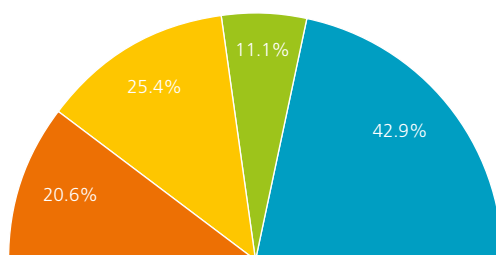
Fast so gut vertreten wie die Gemeindepräsidenten sind im Kanton St. Gallen die Lehrerinnen und Lehrer. Sie sind nebst einigen Landwirten mitverantwortlich, dass rund ein Drittel des Parlaments zur Kategorie 2 – Angestellte von staatlichen oder staatsnahen Betrieben – zu zählen ist.

Innerrhoden mit intaktem Milizprinzip

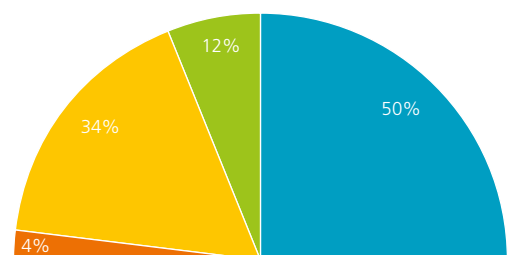
Die Gemeindepräsidenten sind auch im Ausserrhoder Kantonsrat mit einem guten Zehntel relativ stark vertreten. Dazu kommen – ähnlich wie im grossen Nachbarkanton – mehrere Lehrpersonen, Verwaltungsangestellte und Mitarbeitende öffentlicher Institutionen, die letztlich zu einer Staatsquote von 46 % führen.

Im Kanton Appenzell Innerrhoden sieht die Situation weniger prekär aus. Dies dürfte der Kleinheit des Kantons und dem noch immer hochgehaltenen Milizprinzip zu verdanken sein. So muss ein Bezirkshauptmann aufgrund der kleinen Strukturen einem zusätzlichen Broterwerb nachgehen. Dies wirkt sich positiv aus: Mit 38% liegt die Staatsquote im Innerrhoder Grossen Rat zwar ebenfalls hoch, aber dennoch am tiefsten von den drei untersuchten Ostschweizer Kantonen. Die Fahne des Staates halten in der Kategorie 1 nur zwei Verwaltungsangestellte hoch. Dafür sind im Kanton Appenzell Innerrhoden die der Kategorie 2 zugerechneten Landwirte verhältnismässig stark vertreten. Zudem ist die Appenzeller Kantonalbank, die zu 100 % dem Kanton gehört, gleich mit drei Personen im Parlament vertreten.

Auswertung Staatsquoten: Simon Scherrer



Appenzell Ausserrhoden



Appenzell Innerrhoden

Wie unsere Demokratie durch Staatspropaganda manipuliert wird

Gekaufte Schweiz?



Dr. Kurt Weigelt
Direktor IHK

Heute beeinflussen unsere Regierungen mit geballter PR-Macht die politische Willensbildung in ihrem Sinn. Heerscharen von Kommunikationsbeauftragten in den öffentlichen Verwaltungen erklären uns, wie die Welt funktioniert und was gut und was schlecht ist. Doch auch taktische Tricks sollen die gewünschten Abstimmungsresultate herbeiführen. Ein Beispiel dafür war die Abstimmung zur Billag-Mediensteuer vom letzten Juni: Mit tieferen Gebühren lockte man die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die Zeche zahlen die Unternehmen.

Bekanntlich gibt es nicht viel Neues unter der Sonne. Dies gilt auch für politische Themen. Dazu gehört die Frage nach der Käuflichkeit von Wahlen und Abstimmungen. «Gebt mir eine Million, und ich mache aus jedem Kartoffelsack einen Bundesrat.» Dieser legendäre Satz wird Rudolf Farner zugeschrieben, dem Gründer der gleichnamigen PR-Agentur. Oswald Sigg, der ehemalige Sprecher des Bundesrates und Vizekanzler der Eidgenossenschaft, publizierte vor wenigen Jahren gemeinsam mit dem Journalisten Viktor Parma eine Streitschrift, in der sie vor der käuflichen Schweiz warnen. Und selbstverständlich weiss die linke Nationalrätin Badran als professionelle Besserwisserin, dass die tolle Erbschaftssteuerinitiative einzig an der materiellen Überlegenheit der Gegner gescheitert ist. Bereits vergessen ist beispielsweise die Minderinitiative, die sich gegen das grosse Kampagnenbudget von *economiesuisse* durchsetzte. In einer langfristigen Betrachtungsweise zeigt sich, dass das Schweizer Stimmvolk nicht käuflich ist. Dies heisst keinesfalls, dass Geld in der Politik keine Rolle spielt. Insbesondere bei sehr knappen Resultaten kann der Mittlereinsatz mitentscheidend für das Resultat sein. Allerdings ist dies nur ein Faktor unter vielen. Nicht weniger entscheidend sind die Qualität der Kampagne, die Glaubwürdigkeit und die persönliche Einsatzbereitschaft der Exponenten einer Vorlage, die Haltung der nationalen Medien und das aktuelle politische Umfeld. Bei Wahlen und Abstimmungen funktioniert der politische Wett-

bewerb. Ganz anders sieht es im vorparlamentarischen Verfahren aus.

Staatliche PR-Walze

Wenn sich ausgerechnet der ehemalige Sprecher des Bundesrates über neoliberale Meinungsmacher beklagt, dann unterschlägt dieser die geballte PR-Macht, mit der heute Verwaltungen und Regierungen die politische Willens-

Geld spielt keine Rolle: Das Lohnmobil wirbt für Lohngleichheit und tourt seit dem Frühjahr auf Kosten des Steuerzahlers rund um die Ostschweiz.

Bild: Katharina Kuhlmann/Lohnmobil





bildung in ihrem Sinne beeinflussen. Alleine der Bund investierte im Jahre 2014 80,5 Millionen Franken in Pressearbeit, eigene Zeitschriften und Aufklärungskampagnen. Nicht weniger als 308 Vollzeitbeamte erklären Herrn und Frau Schweizer, wie die Welt funktioniert, was wir anders machen müssen und wie gute Menschen aussehen. Ergänzt wird die Staatspropaganda durch Amtsstellen wie das Gleichstellungsbüro, die in erster Linie Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Nur, damit ist noch nicht genug. Ergänzt wird dies alles durch externe Beratungsunternehmen, die im Auftrag der öffentlichen Hand den Boden für künftige politische Weichenstellungen vorbereiten. So auch im Kanton St.Gallen: Die St.Galler Spitalvorlage wurde noch vor den Diskussionen im Kantonsrat mit einer PR-Kampagne mit Kosten von 248 000 Franken lanciert. Dabei liegt die eigentliche Problematik nicht alleine in der Tatsache, dass die Regierung versuchte, die Diskussionen im Kantonsrat mit staatlich finanzierten PR-Massnahmen zu beeinflussen. Noch nachdenklicher stimmt die Selbstverständlichkeit, mit der die Parteien und unsere Medien dies akzeptieren. Offensichtlich hat man schon längst resigniert oder ist selbst Teil des Systems. Verglichen mit den Möglichkeiten der staatlichen PR-Walze spielen die privaten Akteure in der Amateurliga und können höchstens punktuell mit dem Staatsapparat mithalten.

Abstimmungstaktische Trickkiste

Mit der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit sind die Möglichkeiten des politischen Marketings von Regierung und Verwaltung noch längst nicht ausgeschöpft. Dies zeigte beispielhaft die Vorlage zur Finanzierung der öffentlichen Radio- und Fernsehprogramme, welche im Juni zur Abstimmung

kam. Es gibt gute Gründe, das geräteabhängige Bezahlsystem in Zeiten von Smartphones und Tablets durch eine Mediensteuer zu ersetzen. Dieser Systemwechsel hat allerdings aus Sicht der Behörden einen entscheidenden Haken: Der Bund darf keine Steuer erheben, die nicht ausdrücklich in der Verfassung vorgesehen ist. Und so griff man zur abstimmungstaktischen Trickkiste, machte aus der Mediensteuer eine Abgabe und versüsste diese mit tieferen Preisen für die Stimmberechtigten. Zur Kasse gebeten werden dagegen die Unternehmen. Das Buebetrickli, eine Mehrheit des Stimmvolkes mit finanziellen Vorteilen zu bedienen und gleichzeitig bei Minderheiten abzukassieren, hat im Falle der Mediensteuer ganz knapp funktioniert – dies im Gegensatz zur Erbschaftssteuerinitiative. Auch hier bediente man sich ohne jede Scham in der Trickkiste und verknüpfte das Anliegen einer Erbschaftssteuer mit populistischen Ausnahmebestimmungen für Personen mit einem Vermögen von weniger als zwei Millionen Franken, Privilegien für die Landwirtschaft und nebulösen Ausnahmebestimmungen für die Geschäftsnachfolge. Gleichzeitig versuchte man, mit der Anbindung an die AHV ältere Personen mit ins Boot zu nehmen. Im Gegensatz zur Mediensteuer haben die taktischen Versprechen im Falle der Erbschaftssteuer nicht verfangen. Das Volk lässt sich nicht nur nicht kaufen, es lässt sich auch nicht für dumm verkaufen.

Mehr Respekt

Noch vor dreissig Jahren erschien vielen politischen Beobachtern die Macht der Verbände als Bedrohung der demokratischen Willensbildung. Dies ist längst Vergangenheit. Verglichen mit der Verwaltung und ihren unzähligen Experten sind unsere Verbandssekretariate Kleinstunternehmen. In der Mediengesellschaft des 21. Jahrhunderts sind es nicht private Akteure, sondern staatliche Organe, die mit ihren unbegrenzten Ressourcen insbesondere im vorparlamentarischen Verfahren die demokratische Willensbildung zu ersticken drohen. Diese Fehlentwicklung muss gestoppt werden. Dies allerdings nicht durch neue Regulierungen und noch mehr Bürokratie. Vielmehr braucht es Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die unabhängig von der öffentlichen Verwaltung und vor allem von staatlichen Geldern funktionieren. Bekanntlich beisst niemand die Hand, die ihn füttert. Dies gilt ganz besonders für unsere National- und Ständeräte. Gleichzeitig sind wir auf Verwaltungen und Regierungen angewiesen, die zwischen gesetzgebender und ausführender Funktion unterscheiden können – und den Parlamenten und insbesondere dem Volk mit dem notwendigen Respekt begegnen, und dies nicht nur unmittelbar vor Abstimmungen, sondern auch in der vorparlamentarischen Phase und im Vollzug von Gesetzen und Verordnungen.



Einfach nur Rückenwind



□ kontramille.ch

IVECO ISUZU



NATER
Staad | Gossau | Müllheim

KUNDENORIENTIERUNG UND KOMPETENZ:

Mit BDO sind Sie bestens beraten!

BDO AG ist Ihr kompetenter Partner für Prüfung, Treuhand und Beratung. Damit Sie sich auf Ihr Geschäft konzentrieren können, bieten wir Ihnen den nötigen Rückhalt. Regional verankert – national vernetzt: Unsere Leistung zeichnet sich durch Qualität und persönliche Kontakte aus. Informationen erhalten Sie bei den BDO Niederlassungen in Ihrer Nähe:

BDO AG Frauenfeld 052 728 35 00 frauenfeld@bdo.ch
BDO AG Herisau 071 353 35 33 herisau@bdo.ch
BDO AG St. Gallen 071 228 62 00 sg@bdo.ch

www.bdo.ch

Prüfung • Treuhand • Beratung





Planen Sie Ihre nächste Tagung einmal anders.

Die OBERWAID – tagen und wohlfühlen



Doris Straus
CEO, Oberwaid AG –
Kurhotel & Privatklinik

Sie suchen für Ihre Tagung einen Ort für entspannte Überlegungen und kreative Ideen? Die Oberwaid bietet individuell abgestimmt auf Ihre Seminarziele eine Rundumversorgung, gesund und anregend, sei es durch ergänzende Impuls-Referate, ein Bewegungs- und Entspannungsprogramm oder die leichte SMART-Cuisine. Ein Rahmen mit genügend Zeit und Raum für Ihre Managementziele und Ihr Wohlbefinden.

Die Oberwaid ist ein Ort der Entspannung, des Rückzugs, der Kreativität, der Reflektion und der Förderung Ihrer Gesundheit. Unsere Seminarräume sind ruhig und doch verkehrsgünstig gelegen, funktionell und angenehm gestaltet. Sie bieten einen herrlichen Blick auf den Bodensee und den hauseigenen Park. Alle Räume sind mit modernster Tagungstechnik ausgestattet. Unternehmenslenker und Führungskräfte treffen sich regelmässig, um über den aktuellen Erfolg und die zukünftige Ausrichtung ihrer Unternehmen zu beraten. Eine heute viel diskutierte Tatsache ist, dass ein gesundes Unternehmen gesunde Mitarbeiter und Führungskräfte braucht, beides bedingt sich gegenseitig. «Gesundes Führen» ist der wichtigste Resilienzfaktor eines Unternehmens. Es bleibt jedoch nicht aus, dass eine spannende Führungstätigkeit häufig ein Leben unter besonderem Erfolgs- und Zeitdruck bedingt. Wer viel Verantwortung trägt, berücksichtigt vorausschauend in seinem Selbstmanagement die Notwendigkeit von Phasen der Entschleunigung, geeigneten Rückzugsmöglichkeiten verbunden mit gesundheitsfördernden Aktivitäten.

Führungskräften, die langfristig die eigene geistige und körperliche Gesundheit sowie die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter erhalten wollen, bietet die Oberwaid – Kurhotel & Privatklinik ein innovatives und flexibles Konzept der Leistungsförderung und Prävention an.

Auf persönlicher Ebene kann der erste Schritt ein Check-up mit Beratung zu Fragen der eigenen Stress-Resilienz und Stressprävention sein. Die individuelle Prävention kombiniert das Erkennen eigener Risiken mit wohltuender Regeneration und Erlernen von Strategien im konstruktiven Umgang mit Stress – für moderne Menschen, die sich weiterhin auf eine herausfordernde Tätigkeit mit ihren speziellen Erfolgen, aber auch physischen und psychischen Belastungen freuen wollen.

Auf betrieblicher Ebene bieten wir Seminare und Coachings für Kleingruppen und Einzelpersonen in den Themenbereichen Life-Balance, Gesundheit und Führung, angepasst an die Bedürfnisse ihres Unternehmens, zudem Beratung und Schulung für ein allumfassendes und integrierendes betriebliches Gesundheitsmanagement.

Dieses Leistungsportfolio der Oberwaid – Kurhotel & Privatklinik – beruht auf einer langjährigen Erfahrung und wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen aus Medizin, Sportwissenschaft, Arbeitspsychologie, Health Leadership und Burnout-Prävention. Die Integration von gehobener Hotellerie und der medizinisch-wissenschaftlichen Expertise bildet die Basis des Erfolgs der Oberwaid. Wir stehen Ihnen gerne für ein beratendes Gespräch und Ihre zukünftigen Pläne zur Verfügung.



OBERWAID
KURHOTEL & PRIVATKLINIK

Oberwaid AG – Kurhotel & Privatklinik
Rorschacher Strasse 311 | 9016 St. Gallen
+41 (0) 071 282 00 00 | info@oberwaid.ch
www.oberwaid.ch

IHK-Vorstandsmitglieder zu den eidgenössischen Wahlen

Wünsche an das künftige Bundesparlament

Am 18. Oktober 2015 wird das eidgenössische Parlament neu gewählt. Zurzeit bringen die Kandidierenden ihre Werbebotschaften an die Frau und den Mann und rufen sich dem Wahlvolk mit Plakaten und Inseraten in Erinnerung. Vier IHK-Vorstandsmitglieder sagen, was sie von den künftigen National- und Ständeratsmitgliedern erwarten: Mehr Vertrauen ins Unternehmertum, weniger Regulierungen, einen effizienteren Staat und weniger Parteiengezänk.

Robert Stadler
Leiter Kommunikation / Stv. Direktor IHK



Vincenzo Montinaro, VR-Delegierter / CEO, AG Cilander, Herisau

Zuallererst wünsche ich mir von künftigen Parlamentariern mehr Vertrauen in das Unternehmertum. Denn erfolgreiche Unternehmen leisten nicht nur einen wesentlichen Beitrag zu unserem Wohlstand, sondern nehmen auch grosse soziale und ökologische Verantwortung wahr, mehr als alle Linken und Grünen zusammen – und zwar auch ohne «Energiestrategie 2050» oder «Grüne Wirtschaft». Beide Konzepte sind absolut schädlich und völlig unnötig und rasch zu beerdigen! Denn die Wirtschaft ist schon seit vielen Jahren aktiv im Bereich der Energieeffizienz – da braucht es kein staatliches Diktat. Unternehmen haben im heutigen, internationalen Wettbewerbsumfeld grundsätzlich schon grosse Herausforderungen zu bewältigen. Deshalb sollten von der Politik keine weiteren Steine in den Weg gelegt werden. Stich-

worte dazu sind für mich der Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen, die Verbesserung der Rahmenbedingungen als Gegenmassnahme zur Frankenstärke, neue Arbeitszeitregelung und so weiter.

Was mich ebenfalls beschäftigt, ist der Moloch Verwaltung. Ich wünsche mir einen schlanken und effizienten Staat. Die Entwicklung der letzten Jahre ging leider in eine ganz andere Richtung. Die Verwaltung wurde massiv ausgebaut. Das muss unbedingt wieder korrigiert werden. Ich bin überzeugt, dass sich die Verwaltung um ungefähr 20 Prozent reduzieren liesse.

Es gibt aus meiner Sicht immer mehr Anzeichen dafür, dass die Verwaltung viel zu mächtig geworden ist. Weder das Parlament noch der Bundesrat haben eine Chance, sich gegen die Verwaltung durchzusetzen!

Ein weiterer Punkt betrifft die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Im weltweiten Länderranking bezüglich Wettbewerbsfähigkeit des Lausanner IMD-Instituts ist die Schweiz dieses Jahr vom zweiten auf den vierten Platz abgerutscht. Ein Grund für diese Verschlechterung liegt in der Regulierungsdichte, die in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen hat. Die Regulierungen, die Unternehmen unnötig stark einschränken, sind wieder abzubauen, und von der Einführung neuer Regulierungen ist konsequent abzusehen. Viel eher sollte die politische Stossrichtung darauf zielen, die

staatlichen Aktivitäten zu verschlanken und ihre Effizienz zu steigern. Denn auch dadurch lässt sich die Belastung der Unternehmen reduzieren, die aufgrund der Frankenstärke unter enormem Druck stehen.

Soviel die Politik für ein innovationsfreundliches Klima auch tun kann – Innovationen hervorbringen können nur die Unternehmen selbst. Der Wettbewerbsvorteil, der ihnen aus der Innovationsstärke erwächst, liegt auf der Hand.



Max Manuel Vögele, VR-Delegierter / CEO, Karl Vögele AG, Uznach

Ich erwarte von unseren Parlamentariern weniger Parteiengezänke, stattdessen aber wieder vermehrt einen gemeinsamen klaren Fokus auf die Hauptprobleme. Erfolgreiche Demokratie basiert auf dem Diskurs in der Sache, unabhängig von parteipolitischen Auseinandersetzungen. Der starke Franken zum



Beispiel stellt die Wirtschaft jetzt und in Zukunft vor enorme Herausforderungen. Aber auch die Politik ist hier gefordert. Das Thema muss letztlich die linken und bürgerlichen Parlamentarier gleichermaßen beschäftigen. Es geht um den Erhalt des Wirtschaftsstandortes Schweiz und damit um die Sicherung der Arbeitsplätze. Als Vertreter des Detailhandels erwarte ich von beiden Kammern, dass diesem Bereich mit über 300 000 Beschäftigten mehr Beachtung geschenkt wird. Dem starken Anstieg des sogenannten Konsumtourismus im Ausland kann nur effektiv entgegengetreten werden, indem die Politiker und Wirtschaftsvertreter gemeinsam intensiv nach Lösungen suchen. Der ewige Vorwurf, die Produkte seien hierzulande überteuert, greift ins Leere. Vielmehr müssten die Kostenstruktur und die verschiedenen Regulierungen in der Schweiz mitberücksichtigt und thematisiert werden. Als liberal denkender Mensch wähle ich natürlich bürgerlich, dies aber unabhängig von Parteien. In Bern sind verantwortungsbewusste «Machertypen» notwendig, denen es nicht einfach darum geht, die nächste Amtsperiode zu überleben.



Katharina Lehmann, Inhaberin Blumer-Lehmann AG, Gossau

Der starke Schweizer Franken ist eine Herausforderung für viele Branchen und Unternehmen. Die Politik kann hier einen Beitrag leisten, indem sie sich weiterhin für einen freien Wettbewerb und geeignete Rahmenbedingungen einsetzt. Dies könnte z. B. ein Abbau der Staatsquote oder zumindest kein Zuwachs an staatlichen Kosten und Ausgaben sein, die wir zu tragen haben. Oder eine Eingrenzung des heutigen «Regulierungswahnes». Die daraus folgende Behinderung

des Wettbewerbes und die zunehmende Bürokratie schaden uns. Ich bin beispielsweise besorgt, dass wir unser auf Eigenverantwortung basierendes Schweizer Normenwesen aufs Spiel setzen.

Zentral für die Zukunft des Arbeitsplatzes Schweiz sind weiterhin liberale und flexible Arbeitsmarktbedingungen. Diese sollten partnerschaftlich zwischen Arbeitgebern und -nehmern ausgehandelt und nicht durch die Politik beeinflusst werden. Die schleichende «Verstaatlichung» unserer Arbeitsbedingungen durch allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge sowie deren Vollzugsfinanzierung muss dringend auf den politischen Radar.

Die Schweiz ist ein Erfolgsmodell, gerade weil sie sich mit dem Ausland gut vernetzt. Deshalb wünsche ich mir eine personelle Zusammensetzung, die dazu führt, dass heikle Themen wie die Zuwanderung oder die Zusammenarbeit mit Europa offen und lösungsorientiert angegangen werden und dabei neue Ideen entstehen. Ich hoffe, dass die Ängste der Bevölkerung ernst genommen werden und in die politischen Vorschläge einfließen, so dass die herrschende Rechtsunsicherheit rasch beseitigt wird. Und ich hoffe, dass viele konstruktiv denkende, schaffende und wirkende Politikerinnen und Politiker gewählt werden, die sich für unternehmerische und persönliche Freiräume einsetzen und den Willen haben, Dinge zu bewegen und nicht zu verwalten.



René Wuffli, Verwaltungsratspräsident und CEO, Rheintal Medien AG, Berneck

Parlamentswahlen – insbesondere für das nationale Parlament – bedeuten für mich

Richtungswahlen, in der Hoffnung, dass sich mit der Zusammensetzung des Parlaments jene politischen Kräfte durchsetzen, die ich für unser Land als zweckmässig und zielführend erachte.

Die Erwartung an die zu wählenden Politiker und Politikerinnen sind jeweils in ihren Werbetexten akkurat aufgelistet: Die Schweiz steht vor grossen Herausforderungen, die Globalisierung fordert unser Land, den Sozialwerken muss Sorge getragen werden und Ähnliches mehr. Allerdings erwarte ich von unseren Parlamentariern, dass sie sich an pragmatischen Fragestellungen orientieren, dass sie nach Lösungen und nicht in erster Linie die Nähe der erstbesten Fernsehkamera suchen.

Beispielsweise produzieren wir in der Schweiz unzählige und unsägliche Gesetze und Bestimmungen; vom einst angekündigten Abbau der Bürokratie ist schon lange keine Rede mehr. Ich wünsche mir Politiker, die dafür einstehen, dass nicht die Wirtschaft dem Staat zu dienen hat, sondern umgekehrt. Was in Gemeinden und Kantonen in der Regel noch einigermaßen schlank organisiert ist, nimmt auf nationaler Ebene Formen an, die schon längst aus dem Ruder gelaufen sind. So hat der Staat seine Ausgaben innert der letzten fünf Jahre um 6,5 Prozent erhöht. Die Kosten für das Bundespersonal sind sogar um zwölf Prozent gestiegen. Dabei wissen wir alle um das Hochpreisland Schweiz. Wenn wir inskünftig wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen wir an dieser Spirale drehen, und zwar gegen unten. Nebst der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, dem nachhaltigen Bekenntnis zum bilateralen Weg, dem Vermeiden von unsäglichen Initiativen und Referenden müsste dies für mich einer der wichtigsten Punkte auf der Agenda der nächsten Legislaturperiode sein. Es darf doch nicht sein, dass die Wirtschaft mit einschneidenden Sparmassnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht, während der Staat – und somit die Staatsausgaben – permanent am Wachsen ist.

FDP
Die Liberalen

LISTE
7.07

Walter Locher

VR-Präsident DGS Druckguss Systeme AG St.Gallen

in den Nationalrat

– Mehr Sicherheit. Für Arbeitsplätze,
Eigentum und Lebensqualität!



www.walterlocher.ch

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz



Ich setze mich für die folgenden 3 Säulen des Wirtschaftsstandorts St.Gallen ein:

- 1. Gute Rahmenbedingungen für die Betriebe:**
moderate Steuern, weniger Bürokratie
- 2. Vorbildliche Sozialpartnerschaft:**
konkurrenzfähige Löhne, partnerschaftliche GAV
- 3. Starker Bildungsstandort:**
funktionierendes duales Bildungswesen, Erhöhung der Maturitätsquote



Richard Ammann

Nur St.Gallen verpflichtet
Liste 6

www.richardammann.ch



**Wir machen uns
stark für die
St.Galler Wirtschaft.**



In den Nationalrat – 2x auf jede Liste
Yvonne Suter Liste 3.05, www.yvonne-suter.ch
Bruno Damann Liste 3.08, www.bruno-damann.ch
Nicolo Paganini Liste 3.11, www.nicolo-nach-bern.ch
Beda Sartory Liste 3.12, www.beda-mit-sicherheit.ch

KMU-geprüft:
www.kmu-wahlkandidaten.ch, www.wir-waehlen-wirtschaft.ch

Mitte stärken – CVP wählen!
www.cvp-sg.ch > Wahlen 2015





Im Nationalrat sitzen immer mehr Berufspolitiker – im Ständerat sowieso

Mythos Milizparlament



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

In der Schweiz sind wir stolz auf unser Milizsystem, das auch unseren Parlamenten Realitätssinn und Bodenhaftung verleihen soll. Doch zumindest die eidgenössische Bundesversammlung wird immer stärker von Berufspolitikerinnen und -politikern beherrscht. Rund ein Drittel der Mitglieder des Nationalrates geben als ihren Beruf Politik an – Tendenz steigend. Eine Amtszeitbeschränkung könnte Abhilfe schaffen.

Wer diesen Oktober für das eidgenössische Parlament kandidiert, ist gewarnt: Um auf Bundesebene Legislativpolitik zu betreiben, muss man sich viel Zeit freischaufeln können. Mitglieder des Nationalrates sollten mindestens ein 50%-Pensum dafür einrechnen, im Ständerat ist es aufgrund zusätzlicher Kommissionen sogar noch mehr. Mit dem Milizparlament auf Bundesstufe verhält es sich deshalb gleich wie mit Wilhelm Tell oder der Schlacht von Marignano: Es ist ein Mythos, den wir als identitätsstiftend für die Schweiz ansehen und entsprechend pflegen, der aber nicht viel mit der Realität zu tun hat. Dabei ist die Idee des Milizsystems bestechend: Die Parlamentarier bringen ihre Erfahrungen und ihr Wissen aus dem eigenen Berufsleben ein und sorgen so für eine geerdete und den gelebten Realitäten entsprechende Politik.

Berufspolitiker bald in Überzahl

Vielleicht mag dies bei Neugewählten noch zum Zeitpunkt der erstmaligen Wahl ins Parlament zutreffen. Doch unsere National- und vor allem die Ständeräte mutieren immer häufiger in Kürze zu Berufspolitikern, die von ihrem Amt und den damit einhergehenden zusätzlichen Funktionen abhängen. Eine Untersuchung der Universität Zürich hat diese Entwicklung vor zwei Jahren belegt. Die Studienautorin Sarah Bütikofer verglich die Legislatur 1971–1975 mit jener von 2003–2007 sowie der aktuellen Legislatur. Mehr als die Hälfte aller Ständeräte gibt heute als Beruf Politiker an, vor dreissig Jahren tat dies noch niemand. Im Nationalrat ist heute ein Drittel Vollzeitpolitiker – zehnmal mehr als in den 70er-Jahren. Auch der berufliche Hintergrund hat sich im Laufe der Zeit deutlich verschoben: Im eidgenös-

schen Parlament sind fast keine Führungskräfte mehr vertreten. Nach der Wahl von Johann Schneider-Ammann in den Bundesrat und den Rücktritten von Christoph Blocher und Peter Spuhler fehlen in der Bundesversammlung die Spitzenleute aus Industrie und Wirtschaft.

Amtszeitbeschränkung als mögliche Lösung

Dieser Entwicklung kann man etwas Gutes abgewinnen: Die heutigen Parlamentarier sind professioneller und gewandter. Dafür sind sie auch immer abhängiger von ihrem politischen Amt. Gerade bei Politikern, die schon während ihres Studiums ins Parlament gewählt wurden wie Lukas Reimann, Christian Wasserfallen oder Cédric Wermuth, kann dies zur Falle werden. Da sie nie einen «richtigen» Beruf ausgeübt haben, dürfte es ihnen besonders schwer fallen, den Ausstieg aus der Politik zu schaffen. Es ist zu befürchten, dass es immer mehr Volksvertreter geben wird, die 40 Jahre und länger im Parlament sitzen. Politikerkarrieren werden auch bei uns häufiger. Ob dies der Qualität des Parlamentsbetriebs langfristig zuträglich ist, darf bezweifelt werden.

Es wäre deshalb angezeigt, eine Amtszeitbeschränkung einzuführen. Dies würde nicht nur zu einer konstanteren Blutauffrischung führen, sondern auch den Milizcharakter des Parlaments stärken. Denn jeder Volksvertreter würde von Anfang an sein «Verfallsdatum» kennen und könnte es sich nicht zu gemütlich in der Politik einrichten.

So oder so ist eines gewiss: Auch nach den Wahlen vom 18. Oktober werden wir wieder stolz von unserem Milizparlament sprechen, auch wenn dieses faktisch schon lange keines mehr ist.

Interview mit IHK-Direktor Kurt Weigelt zu den eidgenössischen Wahlen

«Wirtschaft und Politik driften auseinander»



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

Vor den eidgenössischen Wahlen wird einmal mehr beklagt, dass sich zu wenig Unternehmerinnen und Unternehmer als Parlamentarier zur Verfügung stellen. Den Grund dafür erkennt IHK-Direktor Kurt Weigelt primär in den unterschiedlichen Interessen von Politik und Wirtschaft. Er empfiehlt, vom Panaschieren Gebrauch zu machen: Man solle Wirtschaftsvertreter ins Parlament wählen – unabhängig vom Parteibuch.

Unsere Parteien stehen mitten im Wahlkampf. Mit welchen Resultaten rechnen Sie?

Kurt Weigelt: Wie immer wird es kleinere Veränderungen geben, und die Parteien werden ebenfalls wie gewohnt jeden einzelnen Sitzgewinn als historisch feiern. Die wirklich grundlegenden Bewegungen im Parteiensystem haben wir allerdings schon länger hinter uns.

Wo sehen Sie diese Brüche?

Das traditionelle Parteiensystem der Schweiz baute auf dem Konfessions-, Föderalismus- und dem Klassenkonflikt auf. Dies änderte

sich in den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Die neuen, gesellschaftlich relevanten Fragen wie die Stellung der Frau in der Gesellschaft, der Umweltschutz oder die Einwanderung verlaufen quer durch die traditionellen Konfliktfronten. Dies beflügelte den Aufstieg von Parteien, die sich wie die SVP oder die Grünen auf einzelne Themen fokussieren.

«Man will gleichzeitig Regierung und Opposition sein. Das ist Unsinn.»

Sind diese Veränderungen nicht Ausdruck der Anpassungsfähigkeit unseres politischen Systems?

Durchaus. Nicht zuletzt dank der direkten Demokratie kommen bei uns neue Themen sehr rasch auf die politische Agenda. Problematisch ist jedoch, dass diese Veränderungen zu keinen grundlegenden Anpassungen im Regierungssystem führen. Die gleichen Parteien, die sich in den Parlamenten sowie mit Initiativen und Referenden gegenseitig lahmlegen, spielen in der Regierung Konkordanz und machen auf Friede, Freude, Eierkuchen. Man will gleichzeitig Regierung und Opposition sein. Das ist Unsinn und blockiert grundlegende Veränderungen.

Was müsste sich Ihrer Ansicht nach ändern?

Regierungen sollten künftig durch Parteien gebildet werden, die sich in den entscheidenden Fragen auf ein gemeinsames Programm einigen können. Die Nicht-Regierungsparteien verfügen dank der direkten Demokratie über starke Instrumente, der Regierungsmehrheit auch zwischen den Wahlen Grenzen zu setzen. Referendum und Initiative sind keine Bedrohung der nationalen Einheit, sondern topaktuelle Werkzeuge des politischen Wettbewerbs.

Ist dieser Reformstau ein Grund für das Desinteresse vieler Unternehmer an einem politischen Engagement?

Dies spielt sicher eine Rolle. Für Unternehmerinnen und Unternehmer, die lösungsorientiert arbeiten, ist die mit dem politischen Schattenboxen verbundene Ineffizienz nur schwer zu akzeptieren. Aber auch in diesem Zusammenhang liegen die wirklich entscheidenden Gründe tiefer.

«Für Unternehmerinnen und Unternehmer ist die mit dem politischen Schattenboxen verbundene Ineffizienz nur schwer zu akzeptieren.»





Und wo sehen Sie diese?

Die Koordinatensysteme der Wirtschaft und der Politik haben sich in den vergangenen 25 Jahren unterschiedlich entwickelt. Unsere Unternehmen bewegen sich innerhalb der beiden Achsen globaler Wettbewerb und Veränderung, das Koordinatensystem der Politik wird durch die beiden Achsen nationale Gesetzgebung und Besitzstandwahrung definiert. Die Absenz von Unternehmensvertretern in unseren Parlamenten ist nicht Ausdruck von fehlendem Gemeinsinn, sondern widerspiegelt die unterschiedliche Interessenlage, das Auseinanderdriften von Wirtschaft und Politik.

Können Sie dies konkretisieren?

Dies zeigt sich beispielsweise beim Faktor Zeit. Mit einer bemerkenswerten Planungsgläubigkeit wird heute in der Politik festgelegt, dass das Toggenburg bis ins Jahr 2040 um 527 Personen wachsen darf. Das Bundesamt für Energie kennt den Schweizer Energiemix im Jahre 2050. Und kurz nach dem Frankenschok beschliesst der St.Galler Kantonsrat für das kommende Jahr eine Reallohnerhöhung für die Staatsangestellten. Erstaunlich! Ganz anders sieht es in unseren Unternehmen aus. Hier gilt es, über Nacht Massnahmen zur Bewältigung der Aufwertung des Schweizer Frankens um rund 20% zu verabschieden. Statt Lohnerhöhungen für das nächste Jahr gibt es Arbeitszeitverlängerungen und Lohnreduktionen beim Kader. Technologische Quantensprünge machen aus Erfolgsprodukten innert kürzester Zeit Ladenhüter. Diese Erfahrungen stehen in einem fundamentalen Widerspruch zum totalen Plan- und Machbarkeitsglauben von Verwaltung und Politik.

Dies tönt nun aber sehr resigniert.

Grundsätzlich bin ich ein optimistischer Mensch. In Bezug auf die Reformbereitschaft von Verwaltung und Politik habe ich jedoch in der Tat Bedenken. Gleichzeitig bin ich aber überzeugt, dass nicht nur der gesellschaftliche und der wirtschaftliche, sondern auch der politische Wandel nicht aufzuhalten ist. Die IHK St.Gallen-Appenzell kämpft deshalb auch bei unpopulären Themen wie der Altersvorsorge oder in der Arbeitsmarktpolitik für ra-



sche und konsequente Reformen. Dies im Interesse der einzelnen Menschen und ihres Anspruchs auf eine individuelle, selbstbestimmte Lebensgestaltung.

—
«In Bezug auf die Reformbereitschaft von Verwaltung und Politik habe ich in der Tat Bedenken.»
 —

Welche Konsequenzen ziehen Sie aus diesen Überlegungen für die bevorstehenden Wahlen?

Für unsere Anliegen ist es entscheidend, dass wir die Kandidierenden mit einem unternehmerischen Hintergrund geschlossen unterstützen, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Als kantonaler Wirtschaftsverband haben wir nicht die Kraft, die politische Grosswetterlage zu verändern. Es fehlen uns auch die Mittel, um wirtschaftsferne Bevölkerungsgruppen von der Notwendigkeit einer arbeitsplatzorientierten Politik zu überzeugen. Wir haben aber die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass innerhalb der einzelnen Listen die Wirtschaftsvertreter möglichst gut abschneiden. Dies setzt voraus, dass wir von den Möglichkeiten des Panaschierens Gebrauch machen und unabhängig von der Parteifarbe Unternehmensvertreter wählen.

Mit anderen Worten, es geht nicht mehr um Positionen.

Selbstverständlich gibt es auch innerhalb der Wirtschaft unterschiedliche Positionen. Wir können nicht Vielfalt fordern und in eigener Sache Uniformität verlangen. Mit unserem Sonderheft und der Online-Plattform wählen-wirtschaft.ch wollen wir diese unterschiedlichen Positionen transparent machen. Gleichzeitig bin ich aber der festen Überzeugung, dass ein direkter Bezug zu den Herausforderungen der realen Wirtschaft, unabhängig von der Parteifarbe, viele Fehlentscheidungen verhindern kann.

Drei unter 30-jährige Nationalratskandidierende im Interview

«Mehr Pioniergeist dank jungen Politikern»



Simon Scherrer

Sie alle sind jung, sie kommen aus dem Kanton St.Gallen und sie kandidieren dieses Jahr für den Nationalrat: Fabienne Bünzli von den Jungfreisinnigen, Mike Egger von der Jungen SVP und Thomas Hofstetter von der Jungen CVP. Was erwarten sie als junge Menschen von der Politik? Und wieso engagieren sie sich? Ein Gespräch über ihren Einstieg in die Politik, ihre Motivation, ihre Positionen und was sie von älteren Politikern unterscheidet.

Politik zu machen, ist als junger Mensch nicht immer einfach: Mangelndes Vertrauen seitens älterer Generationen, fehlendes Netzwerk und geringe Wahlchancen sind nur einige Faktoren, die junge Menschen von aktivem politischem Engagement abhalten könnten. Warum habt ihr trotzdem entschieden, schon jung in die Politik einzusteigen?

Mike Egger: In unserer direkten Demokratie ist jeder politisch engagiert – oder sollte es

zumindest sein, auch wenn es nur darum geht, die Wahl- und Abstimmungszettel auszufüllen. Dass mein Engagement darüber hinaus gehen musste, habe ich schon früh gemerkt: An meiner Schule gab es Probleme mit Migranten. Probleme, die man meiner Meinung nach viel direkter hätte ansprechen müssen. Mit zwölf Jahren ging ich darum im Restaurant meiner Eltern auf einen alt Kantonsrat zu und fragte ihn, wo ich mich engagieren könne. Er verwies mich auf das Ju-

gendparlament, über das ich schliesslich zur Jungen SVP gelangte. Als 19-Jähriger wurde ich dann in den Kantonsrat gewählt.

Fabienne Bünzli: Eine gewisse Nähe zur Politik hatte ich schon immer durch meine Familie, wo am Esstisch häufig über politische Themen diskutiert wurde. Mein Studium, in dem ich mich vertieft mit politischer Kommunikation auseinandergesetzt habe, hat mich dann neugierig gemacht, wie die Praxis im politischen Geschäft aussieht. Ausserdem bin ich der Überzeugung, dass in Bern mehr liberales Gedankengut nötig ist. Heute bekämpft man dort Scheinprobleme sofort mit unnötigen oder kontraproduktiven Gesetzen. Diese detailversessene Regulierung beschränkt das Potenzial unserer Gesellschaft und schadet der Wirtschaft. Für mein Engagement wählte ich denn auch die FDP als meine politische Heimat.

Thomas Hofstetter: Bei mir kam das politische Engagement später. Mein Vater war zwar Gemeinderat, doch wirklich zur Politik kam ich erst durch einen Freund von mir, der heute Präsident der Jungen CVP St. Gallen ist. Auch ich habe das Gefühl, dass momentan vieles falsch läuft: Anliegen von Jungen, wie etwa die Rentenproblematik, werden zu wenig ernst genommen. Das liegt einfach daran, dass die meisten Politiker schon älter sind und die Folgen ihrer Entscheidungen vielleicht nicht mehr erleben werden. Als Junger will ich in solchen Punkten für mehr Nachhaltigkeit werben.





Gibt es noch weitere Unterschiede zwischen jungen und etablierten Politikern? Vielleicht auch Gründe, warum man vermehrt jungen Kandidaten seine Stimme geben sollte?

Thomas Hofstetter: Bei jungen Politikern steht die Wiederwahl nicht im Vordergrund. Das gibt ihnen die Möglichkeit, sich stärker zu profilieren und sich freier zu äussern.

Fabienne Bünzli: Junge Politiker sind eher unvoreingenommen, weil sie noch nicht in verschiedensten Interessengruppen eingebunden sind. Vor allem haben sie aber mehr Mut. Unsere älteren Kollegen plagt oft die Angst, wegen unkonventioneller Vorschläge in den Medien zerrissen zu werden. Hier bringen wir eher die Stärke mit, in der Öffentlichkeit zu unseren Überzeugungen zu stehen.

Mike Egger: Genau! Ziel darf niemals die Wiederwahl sein. Man muss zu seinen Überzeugungen stehen, selbst wenn es stürmt und rüttelt. Wir Jungen tun das eher, weil es unsere Zukunft ist, um die es in der Politik geht. Unsere Grosseltern haben den Wohlstand unseres Landes geschaffen, unsere Eltern haben ihn gefestigt und wir müssen nun alles daran setzen, dass er nicht verloren geht.

Fabienne Bünzli: Einspruch, das ist mir zu struktur-konservativ! Wir können sicher stolz sein auf unseren Wohlstand, aber es ist falsch, nur noch Bewahrungspolitik zu machen. Wir brauchen auch Pioniergeist!

Thomas Hofstetter: Genau diesen Pioniergeist können Junge wieder festigen. In der Wirtschaft kommt die Innovation von Startups, die meist von Jungen gegründet werden. In der Politik sollte man darum auch auf die Innovation durch Junge vertrauen.

Ihr zeichnet ein Bild von Politikern, die nicht immer sagen, was sie denken. Ist es die mangelnde Glaubwürdigkeit, die viele Junge von der Politik fernhält? Was erwarten Junge von der Politik?

Mike Egger: Das ist sicher auch ein Grund. Viel häufiger begegne ich jedoch einer fast verzweifelten Haltung: Wieso sollte man noch wählen und abstimmen, wenn die Politiker sowieso machen, was sie wollen? Hier hat die Politik in den letzten Jahren viel Vertrauen zerstört. Politiker müssen sich wieder zu Herzen



nehmen, dass das Volk ihr Chef ist und dass Abstimmungsergebnisse umzusetzen sind.

Thomas Hofstetter: Da stimme ich Mike zu. Die Politik muss wieder bodenständiger werden. Sie muss dem Volk zuhören, statt sich mit Scheinproblemen zu befassen, die auf der Strasse niemanden interessieren. Es kann nicht sein, dass für gewisse «Veloständerprobleme» der gesamte Staatsapparat bemüht wird.

Fabienne Bünzli: Viele Junge haben den Eindruck, dass die Politik zu oft um den heissen Brei herumredet. Man müsste sich auf die echten, wichtigen Fragen konzentrieren und diese direkt ansprechen. Wir brauchen wieder mehr Grundsatzentscheidungen statt Pflasterlipolitik. Ein Beispiel ist die Mediensteuer: Da wurde stundenlang über die Feinheiten eines antiquierten Gebührenmodells diskutiert, während eigentlich wichtig gewesen wäre, was überhaupt Service public ist und wo er aufhört.

Apropos Grundsatzentscheidung: Wenn ihr einen Wunsch frei hättet, welche wirtschaftspolitische Reform würdet ihr durchsetzen?

Thomas Hofstetter: Ich würde Startup-Gründungen wesentlich vereinfachen. Das ist im Moment viel zu schwierig in der Schweiz. Das ginge beispielsweise über Rechtsformen, die besser für Kleinstunternehmen geeignet

sind, durch besseren Zugang zu Risikokapital oder auch durch Förderinstrumente, wie beispielsweise die Befreiung des Startups von Sozialabgaben in den ersten Betriebsjahren. Ich schliesse auch Subventionen nicht aus.

Fabienne Bünzli: Subventionen halte ich für keine gute Idee. Öffnet man einmal den Honigtopf mit Subventionen für eine bestimmte Gruppe, weckt das auch anderswo Gelüste. Ich halte es für entscheidender, Unternehmen weniger staatlichen Belastungen auszusetzen. Eminent wichtig wäre in dieser Hinsicht der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer. Die Erhebung der Mehrwertsteuer ist heute unglaublich kompliziert und folglich teuer. Eine Vereinfachung würde allen nützen.

Mike Egger: Ich weiss nicht, ob ich das so in einer Massnahme zusammenfassen kann. Thomas hat sicher Recht, dass man kleine und junge Unternehmen mehr entlasten sollte. Hier haben wir im Kanton St. Gallen mit der Mindeststeuer für juristische Personen leider einen Rückschritt gemacht. Aber auch Fabienne hat Recht, dass der administrative Aufwand gesenkt werden müsste. Ich denke da beispielsweise an das kantonale Baugesetz. Am liebsten wäre mir ein möglichst umfassender Regulierungsabbau. Das wirtschaftliche Umfeld wird nicht einfacher und einen staatlichen Klotz am Bein können wir uns nicht mehr leisten.



Wie beurteilen Sie die Geschäftslage?

AUGUST 2015



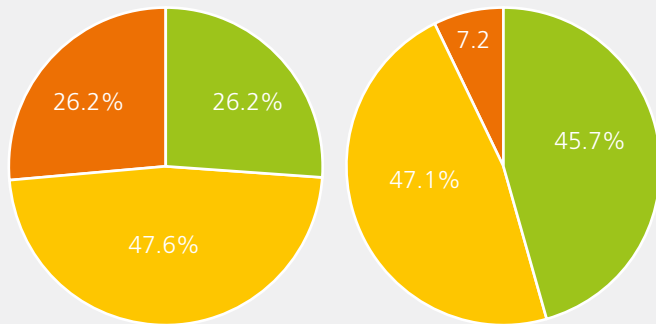
APRIL 2015



FEBRUAR 2015



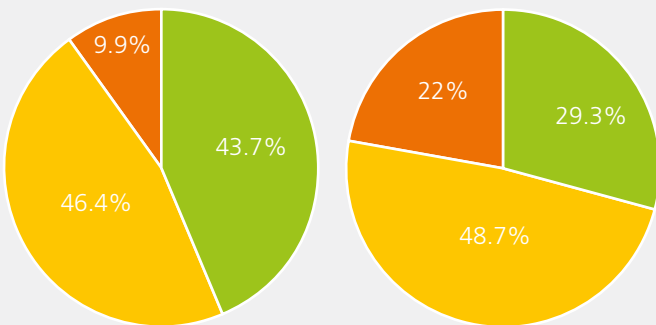
Beurteilung der Geschäftslage nach Sektoren



2. Sektor

3. Sektor

Beurteilung der Geschäftslage nach Unternehmensgrösse



bis 50
Mitarbeiter

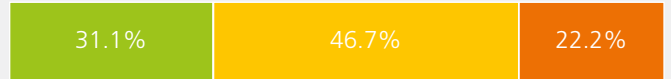
über 50
Mitarbeiter

Wie beurteilen Sie die Geschäftserwartungen?

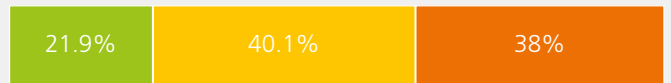
AUGUST 2015



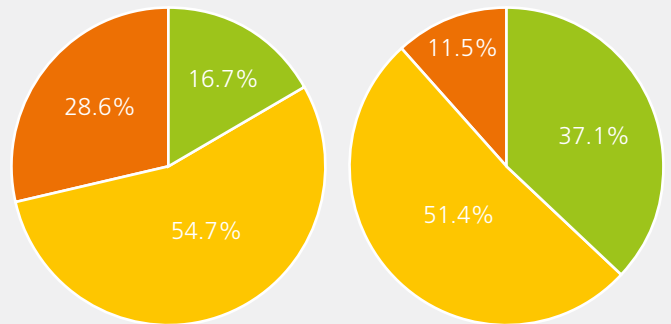
APRIL 2015



FEBRUAR 2015



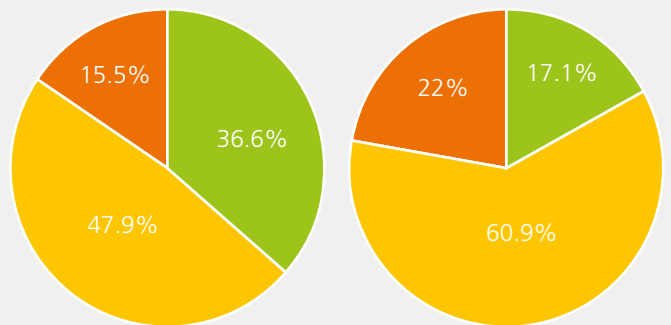
Beurteilung der Geschäftserwartungen nach Sektoren



2. Sektor

3. Sektor

Beurteilung der Geschäftserwartungen nach Unternehmensgrösse



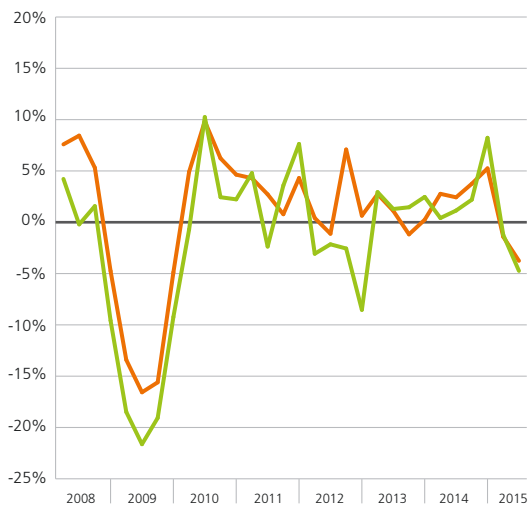
bis 50
Mitarbeiter

über 50
Mitarbeiter

gut befriedigend schlecht

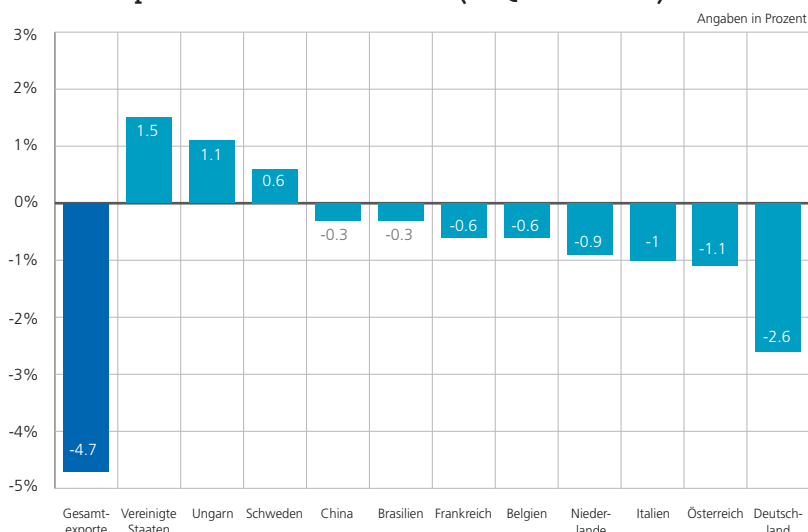
Quelle: Konjunkturumfrage auf www.ihk.ch

Wachstum der Exporte Schweiz und Ostschweiz



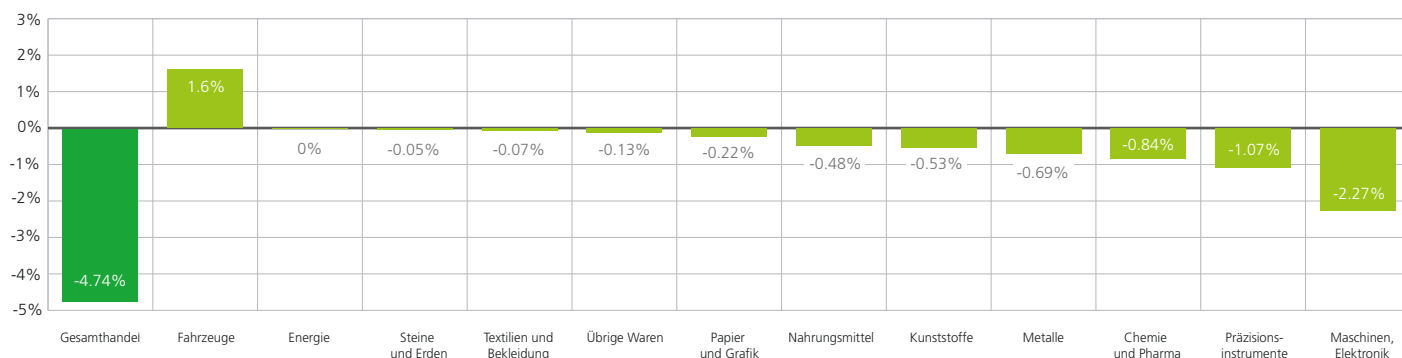
— Exporte Ostschweiz, jährliches Wachstum auf Basis von Quartalsdaten
 — Exporte Schweiz, jährliches Wachstum auf Basis von Quartalsdaten

Beitrag der Länder an das Wachstum des Gesamtexports aus der Ostschweiz (2. Quartal 2015)



Angaben in Prozent

Beitrag der Gütergruppen an das Wachstum des Gesamtexports aus der Ostschweiz (2. Quartal 2015)



Verstärkter Rückgang der Exporte

Die Werte der IHK-Konjunkturumfrage haben sich stabilisiert, allerdings auf tiefem Niveau. Für die Industrie hat sich im Vergleich zu den dramatisch tiefen Werten der Januarumfrage eine Verbesserung ergeben, die Umfragewerte liegen aber weiterhin im kritischen Bereich. Deutlich besser sieht die Lage im Dienstleistungssektor aus, obwohl die Erwartungen auch dort nach unten zeigen. Die Auswirkungen der Aufwertung des Schweizer Frankens auf die Exporte haben sich im 2. Quartal dagegen verstärkt. Im Vergleich zum 2. Quartal des Vorjahres musste ein Rückgang von knapp 5% verzeichnet werden. Der Rückgang der Exporte war in der Ostschweiz aber nur leicht grösser als in der Schweiz. Und im Vergleich zu früheren Krisenphasen halten sich die Exporte vorerst noch gut. Nach Branchen aufgeschlüsselt stammt der Löwenanteil des Rückgangs von der Maschinen- und Elektronikindustrie. Die Ex-

porte der Fahrzeugindustrie bilden dagegen nach wie vor eine Stütze. Nach Ländern zeigt sich das erwartete Bild. Die Exporte in den Euroraum sind klar gesunken. Der Rückgang der Exporte nach Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner der Ostschweiz, macht allein über die Hälfte des gesamten Rückgangs aus. Deutlich negative Werte resultierten zudem für Österreich, Italien, Belgien, Holland und Frankreich. Und auch die Exporte in Schwellenländer wie China oder Brasilien mussten einen Dämpfer hinnehmen. Positiv entwickelten sich dagegen die Exporte in die USA, nach Ungarn und Schweden, im ersten Fall aufgrund gesteigener Nahrungsmittelexporte und in den letzten beiden Fällen aufgrund gesteigener Fahrzeugexporte.

Dr. Frank Bodmer, Leiter volkswirtschaftliche Analyse IHK

Quelle: Dr. Frank Bodmer



Hans M. Richle ist einig mit uns: Die berufliche Vorsorge ist auch für Selbstständigerwerbende und Unternehmer mit oder ohne Personal wichtig. Deshalb bietet der Kantonale Gewerbeverband St. Gallen seinen Mitgliedern in Zusammenarbeit mit der ASGA drei unterschiedliche, massgeschneiderte Vorsorgepläne an, die deutlich über die gesetzlichen BVG-Mindestleistungen hinausgehen. Erfahren Sie mehr über die attraktiven Verbandsvorsorgepläne der ASGA auf asga.ch. Oder rufen Sie uns an: 071 228 52 52.

Hans M. Richle, Präsident, Kantonaler Gewerbeverband St. Gallen (KGV)

«Berufliche Vorsorge sollte das Natürlichste der Welt sein. Auch für selbstständigerwerbende Verbandsmitglieder.»

Einfach ASGA 
pensionskasse

**CHF 825.–
Rabatt**

Golfen lernen mit dem
Einsteigerpaket
für nur CHF 1370.– statt 2195.–

- 28 Golflektionen à 50 Min. inklusive
- 2 Monate gratis Nutzung der 9-Loch Anlage (nach bestandener Platzerlaubnis)
- Kostenlose Nutzung der Übungsanlage inkl. 3-Loch-Platz bis Ende 2015

GOLF  PARK
WALDKIRCH · ST. GALLEN
MIGROS

Golfpark Waldkirch
Telefon 071 434 67 67
www.golfwaldkirch.ch



Metropolitanregion Ostschweiz: Einmal mehr keine gemeinsame Ostschweizer Position

Wer zu spät kommt...



Dr. Kurt Weigelt
Direktor IHK

Im «Raumkonzept Schweiz» übernehmen die Metropolitanräume Zürich, Basel, Bassin Lémanique und die Hauptstadtregion Bern die Rolle als Zugpferde der Schweiz. Und was macht die Ostschweiz? Sie akzeptierte ihren Abstieg in die raumplanerische Regionalliga ohne erkennbaren Widerstand der Regierungen und der Parlamentarier aus unserer Region.

Wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben. Dies gilt auch für politische Prozesse. Anfang 2011 eröffnete das Eidgenössische Departement für Umwelt das Konsultationsverfahren zum «Raumkonzept Schweiz». Dieses setzt auf den Polyzentrismus, das heisst auf ein Netz von Städten, ländlichen und touristischen Zentren. Dabei übernehmen die drei Metropolitanräume Zürich, Basel, Bassin Lémanique und die Hauptstadtregion Bern die Rolle als Zugpferde. Und die Restschweiz? Diese wird aufgeteilt in klein- und mittelständisch geprägte Handlungsräume wie die Ostschweiz und alpin geprägte Handlungsräume. In dieser Betrachtungsweise kommt der Ostschweiz die Rolle als Vorzimmer der Metropolitanregion Zürich zu. Internationale Ausstrahlung, der Aufbau von Standortvoraussetzungen für die Wissensökonomie, konkurrenzfähige Lebensbedingungen für hochqualifizierte Beschäftigte und hervorragende internationale Verkehrsverbindungen werden dagegen als Besonderheiten der Metropolitanregionen definiert.

Freiwilliger Abstieg

Die IHK St.Gallen-Appenzell kritisierte in ihrer Stellungnahme das Raumkonzept Schweiz mit klaren Worten (IHK Standpunkt vom Mai 2011). Nach unserer Ansicht braucht die Schweiz keine weitere Zentralisierung, sondern starke Regionen. Bereits 2011 machten wir darauf aufmerksam, dass die Probleme

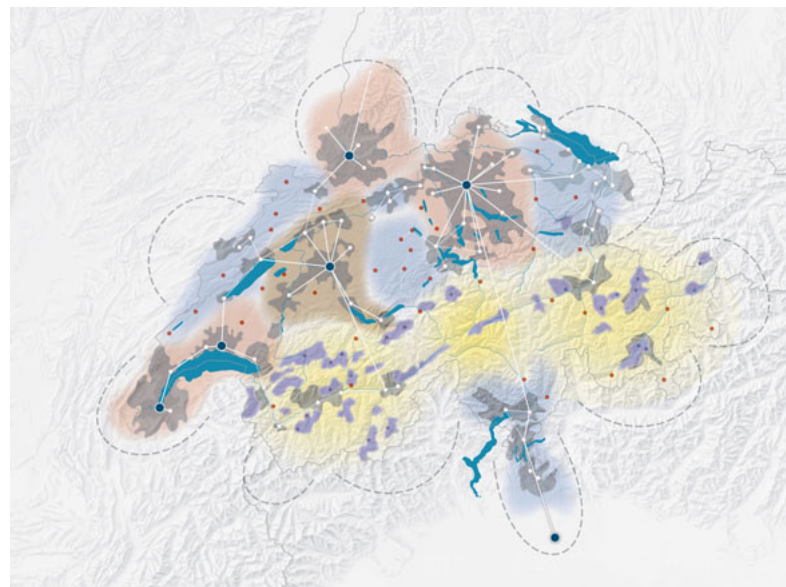
überfüllter Züge und explodierender Mieten in Zürich, Lausanne und Genf nicht mit einem Raumkonzept gelöst werden können, das die wirklich entscheidenden Veränderungen auf die bereits heute überforderten Regionen konzentriert. Der Innerrhoder Landammann Daniel Fässler reagierte zustimmend auf unsere Stellungnahme. Weitere Reaktionen blieben aus. Das Raumkonzept Schweiz wurde offensichtlich mit Unterstützung der Regierungen und der Parlamentarier aus unserer Region verabschiedet. Die Ostschweiz akzeptierte ihren Abstieg in die raumplanerische Regionalliga ohne erkennbaren Widerstand.

Später Reparaturversuch

Das Raumkonzept Schweiz ist mehr als ein Papiertiger. Es dient als Grundlage für die künftige Entwicklung der Schweiz. Insbesondere

international ausgerichtete Institutionen werden nur in Ausnahmefällen in eine Region investieren, in der nach dem Willen der nationalen Politik die Wissensökonomie, hochqualifizierte Beschäftigte und internationale Verkehrsverbindungen fehl am Platz sind. Die Ständeräte Karin Keller-Sutter und Paul Resteiner erkannten das Problem und versuchen nun nachträglich, auch die Ostschweiz mit ihren angrenzenden Regionen zu einer Metropolitanregion aufzuwerten. Allerdings hat die Regierung des Kantons Thurgau diesen Bemühungen einen Korb erteilt. Unabhängig vom Erfolg dieses Reparaturversuchs bleibt jedoch das Grundproblem: Einmal mehr hat es die Ostschweiz verpasst, bei einer wirklich kritischen politischen Weichenstellung gemeinsame Interessen zu definieren und diese zeitgerecht und geschlossen in Bern zu vertreten.

*Das Raumkonzept Schweiz sieht in den Metropolitanräumen die Zugpferde der Entwicklung.
(Quelle: Bundesamt für Landestopografie, Bundesamt für Statistik, GEOSTAT)*



Nationalräte Andrea Caroni und Lukas Reimann im Gespräch

Lobbying für die Ostschweiz in Bundesbern



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

Was bezweckt die PGO?

Andrea Caroni: Die Parlamentarische Gruppe PGO soll ein Beitrag für einen stärkeren gemeinsamen Auftritt der Ostschweiz im Bundesparlament sein, sei es für die allgemeine Wahrnehmung und auch konkrete Interessen. Sie ist dabei nur ein Mosaiksteinchen. Eine grosse Rolle spielen auch die Ostschweizer Regierungen und deren Konferenz, die Ostschweizer Verbände und die Wirtschaft sowie die einzelnen Ostschweizer Parlamentarier. Die PGO baut einfach eine zusätzliche Brücke von der Ostschweiz ins Bundeshaus.

Sind Sie mit dem Start zufrieden?

Lukas Reimann: Auf jeden Fall! Es ist gelungen, alle Parteien aus allen Ostschweizer Kantonen an einen Tisch zu bringen. Gemeinsam können wir so viel erreichen und ganz gezielt für die Interessen der Ostschweiz eintreten. Die Westschweizer machen dies schon viele Jahre so. Doch wir Ostschweizer können noch mehr als die Romands. Wir sind daran, dies zu beweisen.

Wie ist die PGO bisher in Bundesbern in Erscheinung getreten?

Andrea Caroni: Unser Vorstand trifft sich jede Session, um gemeinsame Themen zu besprechen. Im Parlament sind wir im Herbst 2014 mit unserem «Ostschweizer

Die Nationalräte Andrea Caroni (FDP AR) und Lukas Reimann (SVP SG) initiierten Ende 2012 die Parlamentarische Gruppe Ostschweiz (PGO), der sie heute als Co-Präsidenten vorstehen. Ziel der Gruppe ist es, Ostschweizer Anliegen im Bundesparlament besser zum Durchbruch zu verhelfen. Im Gespräch zeigen sich die beiden zufrieden mit dem bisher Erreichten.

Abend» in Erscheinung getreten, wobei wir den Parlamentariern auf kulinarische Weise in Erinnerung riefen, dass die Schweiz östlich von Winterthur erst richtig anfängt!

Reicht es, einen weiteren Apéro für Bundesparlamentarier zu organisieren und dort St.Galler Bratwürste und Appenzeller Biberli zu verteilen?

Andrea Caroni: Jeder Beitrag zählt, keiner reicht alleine. Ziel des «Ostschweizer Abends» war es, durch den sprichwörtlichen Magen (und einige kurze Ansprachen) allgemeine Aufmerksamkeit und Sympathie für die Ostschweiz zu schaffen, quasi als kulinarischer Boden für künftige Anliegen. Darauf aufbauend planen wir für 2016 einen Anlass, um die Expo 2027 zu präsentieren und die Parlamentarier dafür zu gewinnen. Diese müssen ja voraussichtlich 2018 darüber abstimmen.

Die Ostschweiz hatte kürzlich mit dem Entscheid gegen einen Ostschweizer Standort des nationalen Innovationsparks das Nachsehen. Inwiefern hat sich die PGO in dieser Sache engagiert?

Andrea Caroni: Wir waren mit den betroffenen Kantonsregierungen im Kontakt. Da unser Projekt aber nicht ins Parlament kam, sondern vor allem

auf Expertenstufe zuhanden der Exekutive beraten wurde, wurden wir nicht für einen «Fronteinsatz» aufgeboten.

Es wird immer wieder moniert, dass die Ostschweiz im Gegensatz zur Westschweiz zu wenig geeint auftritt. Erleben Sie dies auch so?

Andrea Caroni: Zumindest ist dies unser Eindruck. Statistisch untermauern kann ich das nicht. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass die Westschweiz generell etwas staatsgläubiger ist und somit ein Romand einem staatlichen Vorteil für einen welschen Kanton auch zustimmt, wenn er nicht direkt profitiert. Die Ostschweiz denkt eher selbstverantwortlich und lässt sich weniger zu solchen Solidaritätsbekundungen hinreissen.

Häufig scheint der gemeinsame Nenner aller Ostschweizer Kantone schlicht zu klein zu sein. Im Zweifelsfall haben die Eigeninteressen Vorrang. Was kann die PGO dagegen tun?

Andrea Caroni: Es gibt in der Tat nur eine beschränkte Zahl von Themen, bei denen die sieben Kantone, welche die Ostschweiz im weiteren Sinne ausmachen, eine gemeinsame Ostschweizer Haltung haben. Die PGO will für jene Anliegen eine Brücke ins Parlament bauen, soweit sie bestehen.

Lukas Reimann: Politik ist immer ein Geben und Nehmen. Die PGO will den Zusammen-



halt der Ostschweizer Kantone stärken und mit guten Argumenten auch über die Ostschweiz hinaus Unterstützung gewinnen. Einzelne Ostschweizer Kantone sind zu klein, um ihre Interessen alleine geltend zu machen. Aber wenn die Thurgauer und die Appenzeler den St.Gallern und den Glarnern helfen, dann helfen diese auch den Thurgauern und den Appenzellern, wenn wichtige Anliegen in Bern entschieden werden. Dieses Miteinander muss ausgebaut werden, denn gemeinsam ist die Ostschweiz unschlagbar stark.

Ostschweizer Bundesparlamentarier bekleiden sehr wichtige schweizerische Funktionen (Paul Rechsteiner ist Gewerkschaftsboss, Markus Ritter oberster Bauernvertreter, Lukas Reimann AUNS-Präsident, Toni Brunner Präsident der grössten Partei etc.). Engagieren diese sich vielleicht zu stark für Einzelinteressen und zu wenig für ihre Region?

Lukas Reimann: Dies ist eine grosse Chance für die Ostschweiz. Die Ostschweizer, die an der Spitze von nationalen Verbänden stehen, können die Ostschweizer Anliegen auch innerhalb dieser Verbände einfließen lassen und so dank ihres Einflusses noch mehr für unsere Anliegen tun. Hier setzt die PGO ein. Die genannten Parlamentarier sollen für Ostschweizer Standpunkte sensibilisiert werden und können so auch ganze Verbände davon überzeugen. In der Vergangenheit wurde dies viel zu wenig gemacht. Darum haben wir die PGO ja gegründet.

Andrea Caroni: Es gibt in Bern viele Politiker, die sich wenig über ihre Herkunft definieren, sondern primär über ihre Partei und/oder Einzelinteressen. Ich glaube aber nicht, dass dies in der Ostschweiz ausgeprägter wäre als in den anderen Landesteilen.



ABACUS
version internet



ABACUS Business Software goes mobile

ABACUS bringt Bewegung in Ihr Business. AbasSmart, die App für das iPad, informiert Sie schneller, macht Sie und Ihre Mitarbeiter effizienter und flexibler:

- > Unterwegs Leistungen, Spesen, Stunden erfassen, Rapporte ausfüllen, Adressen und Projektdaten bearbeiten und sofort mit der Software in Ihrem Unternehmen synchronisieren
- > Überall und jederzeit Stammdaten und Standardauswertungen einsehen

www.abacus.ch

 **ABACUS**
business software

vErhandlungssache

National und international

Das Einstein St.Gallen dient als Handelsplatz, mit Bankett- und Seminarräumlichkeiten für Mitglieder und Kunden der IHK.

Vielfältige Möglichkeiten von kleinen Meetingräumen bis zu Grossanlässen im Einstein Saal. Moderne Präsentations- und Kommunikationstechnologie.

Einsteins Tipp | Firmenfeiern mit Rahmenprogramm zum Pauschalpreis entdecken: www.einstein.ch

E
EINSTEIN ST. GALLEN
HOTEL CONGRESS SPA

Einstein St. Gallen, Berneggstr. 2, CH-9000 St. Gallen
071 227 55 55, hotel@einstein.ch, www.einstein.ch

45° 1' 33" N 14° 34' 31" E
gw-world.com/explore

*Whenever we move,
we go further for your business.*



Entdecken Sie unsere Welt
der Logistik:
gw-world.com/explore
T +41.58.458.5511

Gebrüder Weiss 
Transport und Logistik



Chancen von älteren Arbeitnehmenden im Arbeitsmarkt

Fehlanreize beseitigen



Dr. Kurt Weigelt
Direktor IHK

Die echte Benachteiligung von älteren Arbeitnehmenden liegt bei staatlichen Fehlanreizen wie altersabhängigen Löhnen und Pensionskassenbeiträgen. Ältere Bewerber sind deshalb für Arbeitgeber oft unverhältnismässig teuer, was ihre Chancen schmälert, nach einem Stellenverlust wieder eine Arbeit zu finden.

Auch wenn uns die politischen Scharfmacher etwas anderes vorrechnen: Die Erwerbslosenquote bei den über Fünfzigjährigen liegt unter dem Schweizer Durchschnitt. Personen über sechzig Jahren sind am wenigsten von Arbeitslosigkeit betroffen. So viel zu den Fakten. Richtig ist jedoch, dass ältere Personen, die ihren Job verlieren, Mühe haben, eine neue Arbeit zu finden. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Wenig überraschend hat sich in der Zwischenzeit ein runder Tisch unter Leitung von Bundesrat Schneider-Amman dem Problem angenommen. Mit verschiedenen Massnahmen möchte man die Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt verbessern. Diskutiert wird auch der Verzicht auf die Erwähnung von Altersangaben als Auswahlkriterium in Stelleninseraten. Wie gewohnt in Richtung Absurdistan ist der Gewerkschaftsbund unterwegs: Sein Wunschzettel umfasst ein Recht auf bezahlte Weiterbildung für ältere Mitarbeiter, altersgerechte Arbeitsplätze, Zwangsabgaben für Unternehmen, die jüngere Personen beschäftigen, und einen Kündigungsschutz für Mitarbeitende über 50 Jahre.

Realitätsverweigerung

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, dass all diese Massnahmen im besten Fall wirkungslos bleiben werden. Im schlechteren Fall – und dies trifft für die Forderungen der Gewerkschaften zu – beschädigen diese die Chancen älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt. Nur, dies spielt wohl keine Rolle. Bei all diesen runden Tischen und gewerkschaftlichen Forderungskatalogen geht es nicht um Problemlösungen, sondern um politisches Marketing. Und dieses verträgt sich nicht mit Konzepten, die grundlegende Fehlentwicklungen thema-

tisieren. Im Zusammenhang mit der Situation erwerbsloser älterer Arbeitskräfte sind diese Fehlentwicklungen offensichtlich: Wie der Lohnrechner des Gewerkschaftsbundes zeigt, fordert die staatliche Arbeitsmarktkontrolle, dass ältere Mitarbeitende automatisch mehr verdienen. Alter wird mit mehr Erfahrung und mehr Leistung gleichgesetzt. Dazu kommen markant höhere Pensionskassenbeiträge. Die Lohnkosten und Pensionskassenbeiträge einer 55-jährigen Detailhandelsangestellten liegen knapp 20% über denjenigen einer 25-jährigen Mitarbeiterin mit gleicher Tätigkeit, gleicher hierarchischer Stellung und gleichem Dienstalter:

Detailhandelsangestellte	Alter 25 Jahre	Alter 55 Jahre
Lohn gemäss Lohnrechner	4500	5000
Arbeitgeberbeitrag	155	420
Pensionskasse		
Total	4655	5420

Hausaufgaben machen

Statt sich ständig an runden Tischen zu treffen und die Privaten mit neuen Vorschriften zu beglücken, wäre es weit sinnvoller, die Politik würde sich endlich um ihre eigenen Dossiers kümmern und die staatlichen Fehlanreize beseitigen, die ältere Arbeitnehmer diskriminieren. Dazu gehören eine Reform des Beitragssystems in unseren Pensionskassen und der Abschied vom automatischen altersabhängigen Lohnzuschlag. Ältere Arbeitnehmer, die von einem Stellenwechsel betroffen sind, brauchen keinen staatlichen Rettungsring aus Beton, sondern leistungsabhängige Lohnsysteme. Ein auch in Lohnfragen funktionierender Arbeitsmarkt ist die beste Garantie gegen Arbeitslosigkeit.



Universität St. Gallen

Weiterbildung für KMU

Intensivstudium KMU

50 Seminartage in 10 Blockwochen
26. Durchführung: März 2016 bis Juni 2017
Bewerbungsfrist: 31. Januar 2016

St. Galler Management Seminar für KMU

20 Seminartage in 8 Blöcken
71. Durchführung: November 2015 bis Mai 2016
72. Durchführung: April bis November 2016

KMU Leadership

8 Seminartage in 2 Blöcken
9. Durchführung: September/Oktober 2015
10. Durchführung: März/April 2016

Ausführliche Informationen zu allen Weiterbildungsprogrammen für KMU finden Sie auf unserer Website:

«Das Intensivstudium KMU ist so vielseitig wie mein Unternehmen in der Verpackungsbranche; ich profitiere täglich von den vermittelten Lehrinhalten.»

Dr. Christoph Heer
CEO Heer Verpackungen, St. Gallen

Nächster Info-Abend:
15. September 2015 in St. Gallen
Anmeldung online

www.kmu.unisg.ch/wb

KMU-HSG.CH



KRONE SPEICHER

GASTHAUS

Hotel Krone Speicher AG
Hauptstrasse 34
CH-9042 Speicher AR

bürgerlich, fein, vielseitig

Telefon 071 343 67 00
info@krone-speicher.ch
www.krone-speicher.ch

Öffnungszeiten

Dienstag–Samstag 8.³⁰–23.⁰⁰
Sonntag 11.⁰⁰–15.⁰⁰
Montag geschlossen
Hotel durchgehend geöffnet

So nah und doch so weit weg von allem*:
Die Krone Speicher für Ihre Firma.

Für Seminare und Übernachtungen, für kurze und lange Aufenthalte: Melden Sie sich für eine Besichtigung an und lernen Sie unsere Räumlichkeiten und individuellen Seminarpauschalen kennen – wir nehmen uns gerne Zeit für Sie.

*Ab St. Gallen Hauptbahnhof mit der Appenzellerbahn in 19 Minuten. Mit dem Auto in 10 Minuten – inklusive gratis Parkplätzen.



Zweite «EcoOst – die Trendfabrik» zum Thema Cloud Computing

Geschäftsanwendungen aus der Steckdose



Prof. Dr. Peter Jaeschke
Leiter Institut für Informations- und Prozessmanagement, FHS St.Gallen

Rechnungen schreiben, Produktion planen, Kundenbeziehungen managen: Die ganze Palette der Geschäftsanwendungen kann in der Cloud genutzt werden. So können Potenziale erschlossen oder Unternehmensnutzen, Ressourceneinsatz und Kosten optimiert werden. Im Rahmen der zweiten EcoOst-Trendfabrik konnten Unternehmer in Workshops mehr darüber erfahren, ob für sie beim «Cloud Computing» die Vor- oder die Nachteile überwiegen.

Kein Unternehmen kommt am Einsatz der Informationstechnologie vorbei. Unternehmen sind gezwungen, in IT-Infrastruktur, Softwarelizenzen sowie in den Aufbau und den Erhalt des benötigten Know-how in Form von Mitarbeitenden zu investieren. Bei diesen Investitionen muss nicht nur der aktuelle Bedarf berücksichtigt, sondern auch die zukünftige, unsichere Entwicklung antizipiert werden. Die Kapazität muss auf die erwartete Entwicklung im Investitionszeitraum und potenzielle Spitzenlast ausgelegt werden. Dadurch wird Kapital gebunden und steht nicht mehr für andere Investitionen zur Verfügung. Der tägliche Betrieb erfordert das Bereitstellen ausreichender personeller Ressourcen für die benötigten Betriebszeiten, Belastungsspitzen und Vertretungen sowie geeigneter Räumlichkeiten. Neben Beschaffung, Installation, Administration und Konfiguration müssen die Überwachung, Sicherung und die rasche Wiederaufnahme des Betriebs nach einem Ausfall oder im Katastrophenfall gewährleistet sein.

Cloud Computing bietet alternative Ansätze an. Mit «Pay-as-you-go» wird nur die jeweils tatsächlich genutzte Kapazität oder Anzahl Lizenzen verrechnet. Zusätzliche Infrastruktur-Kapazität oder Software-Lizenzen können kurzfristig bereitgestellt und nach einer Spitze oder saisonalen Schwankung wieder freigegeben werden. Zudem werden garantierte Verfügbarkeit und ein erreichbarer, kompe-

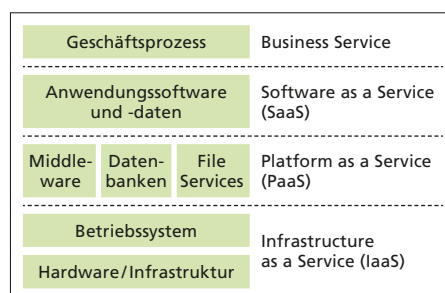
tenter Service Desk auch für KMU bezahlbar. Abhängig vom gewählten Modell entfallen ganz oder teilweise sowohl räumliche Infrastruktur-Überlegungen als auch die Bereitstellung personeller Ressourcen inkl. Aufbau, Erhalt und Transfer von Know-how im eigenen Unternehmen. Grundsätzlich können Cloud Services auf unterschiedlichen Ebenen bereitgestellt und genutzt werden:

- Infrastructure as a Service (IaaS): Rechnerkapazität (virtuelle Server) und Speicherplatz
- Platform as a Service (PaaS): z.B. Dateiablage, Datenbanken, Entwicklungsumgebungen, Middleware
- Software as a Service (SaaS): Software-Lösungen wie z.B. Finanzbuchhaltung, Produktionsplanung, Kundenbeziehungsmanagement ...
- Business Service: Dienstleistungen wie z.B. Rechnungstellung inkl. Debitorenbuchhaltung und Mahnwesen

Neben der Servicequalität und der wirtschaftlichen Situation des Anbieters sind die folgenden Faktoren zu berücksichtigen:

- Auswahl des Cloud-Ansatzes: Ausgehend von Machbarkeit-, Kosten-, Nutzen- und Risikoüberlegungen ist situativ zwischen IaaS, PasS, SaaS und Business Service zu entscheiden.
- Umsetzung von Datenschutz und Datensicherheit nach Schweizer Recht: Dabei sind unter anderem der Speicherort der Daten, der Gerichtsstand sowie eine Zertifizierung nach ISO 27001 relevant.
- Rechtliche als auch technische Möglichkeit, den Provider zu wechseln und auf die Daten zuzugreifen: Der gesamte Datenbestand muss exportiert und auch wieder importiert werden können.
- Möglichkeiten zur Integration mit der bestehenden IT-Landschaft und Kombinierbarkeit mit Lösungen anderer Cloud-Anbieter.

Im Rahmen des Workshops in der zweiten «EcoOst-Trendfabrik» wurde auf Basis eines einfachen Fragenkatalogs der FHS St.Gallen ermittelt, ob für die vertretenen Unternehmen Cloud-Lösungen infrage kommen könnten. Die Bandbreite der Antworten zeigte, dass auf allen Stufen sowohl Unternehmen mit grossem Potenzial für Cloud-Lösungen vertreten waren als auch solche, für welche die Cloud nicht infrage kommt.



Die richtige Strategie für KMU

IT-Projekte auf den Weg bringen

Thomas Frischknecht
Leiter IT-Services der GEOINFO AG

Erfolgreiche KMU konzentrieren sich auf ihre Kernkompetenzen und verlassen sich darum meist auf externe IT-Dienstleister. Die entsprechenden Kundenbeziehungen bestehen häufig über Jahre oder gar Jahrzehnte. Ganz nach dem Motto «Never change a running System». Ein Rat, der selten falsch ist.

Pflichtenheft: Der Start in die Zukunft

Bei einer fälligen Neubeschaffung lohnt es sich aber, neben der bestehenden Infrastruktur auch die gesamte IT-Strategie zu hinterfragen. Der Weg zur neuen Lösung beginnt mit der Erarbeitung des Pflichtenhefts durch einen erfahrenen und neutralen Partner. Entsprechendes Know-how vorausgesetzt, kann diese Aufgabe auch eine firmeninterne Fach-

Bis KMU ihre über die Jahre gewachsene IT-Lösung in Frage stellen, braucht es einiges. Man hat sich daran gewöhnt, fast so wie an ein Paar gut eingetragener Schuhe. Trotz bester Pflege ist aber irgendwann die nächste Wanderung, der nächste Technologieschritt nicht mehr zu schaffen. Soll man dann nur neues Schuhwerk kaufen oder gleich den Schuhmacher wechseln? Eine Anleitung zum sorgenfreien Gehen.

person übernehmen. Bestandteil des Pflichtenhefts ist die Beschreibung der Ausgangslage mit der bestehenden Software, den wichtigsten Firmenprozessen und den künftigen Anforderungen.

Teil- oder Voll-Outsourcing?

Auf der Basis des Pflichtenhefts lässt sich abschätzen, ob eine firmeninterne Serverinfrastruktur weiterhin die beste Lösung ist oder ob sich die Prüfung eines Outsourcings empfiehlt. Die entscheidende Frage dabei ist: Will man auch in Zukunft für Sicherheit, Verfügbarkeit und Performance der Firmen-IT selber verantwortlich sein oder diese Aufgabe doch lieber einem spezialisierten Unternehmen übertragen?

Neben der klassischen firmeninternen Client-Server-Infrastruktur bieten sich zwei externe Optionen an:

- Teil-Outsourcing für Backup, E-Mail, Groupware oder ERP
- Komplett-Outsourcing der gesamten Firmen-IT

Beide Varianten können je nach Situation schon ab fünf Mitarbeitenden kostengünstiger sein als die Neubeschaffung des firmeneigenen Servers und entsprechender Clients.

Virtuelle Arbeitsplätze

Dank Cloud-Computing sind leistungsfähige IT-Services auch für KMU erschwinglich geworden. Das Outsourcing ist darum häufig

nicht nur kostengünstiger, sondern immer flexibler als der hauseigene Firmenserver. Dazu zählen virtuelle Arbeitsplätze, auf die standortunabhängig zugegriffen werden kann: Im Büro, auf dem Heim-PC oder sogar auf einem mobilen Endgerät. Einzige Voraussetzung ist eine Internetverbindung.

Für virtuelle Arbeitsplätze ist in der Regel auch keine neue Hardware vor Ort notwendig: Die Hauptlast der Rechenleistung erfolgt im Rechenzentrum des IT-Providers, womit die clientseitigen Mindestanforderungen gering bleiben. Ein grosses Outsourcing-Plus: Die Verfügbarkeit und Sicherheit der Daten ist weit höher als in jeder firmeninternen Lösung.

Und der Schuhmacher?

Jetzt geht es nur noch um den richtigen Schuhmacher: Wenn er sein Metier versteht und über eine gut ausgerüstete Werkstatt verfügt, kann er jedem Unternehmen das passende Schuhwerk anfertigen.

GEOINFO
IT-SERVICES

Weitere Tipps für KMU in unserer Checkliste für erfolgreiche IT-Projekte unter: www.geoinfo.ch/it-checkliste oder per Telefon 071 353 53 53.





Grenzgänger dürfen Geschäftsfahrzeuge nicht mehr für private Fahrten einsetzen

Dienstwagen: Risiko für Schweizer Arbeitgeber?



Thomas Christen
Partner steuerpartner ag

Viele Schweizer Unternehmen beschäftigen Grenzgänger aus dem benachbarten Ausland. Nicht selten wird Grenzgängern vom Arbeitgeber ein Geschäftsauto zur Verfügung gestellt, welches auch für private Fahrten genutzt werden kann. Diese Dienstwagen stehen spätestens seit dem 1. Mai 2015 im Fokus der europäischen Zoll- und Steuerbehörden. Die unbedachte Überlassung von Geschäftsfahrzeugen kann zu kostspieligen Zoll- und Umsatzsteuerüberraschungen führen.

Zoll: Einfuhrversteuerung von Schweizer Geschäftsfahrzeugen?

Bereits seit dem 1. Januar 2014 durften Grenzgänger ihr Geschäftsfahrzeug nur dann für private Fahrten im EU-Raum verwenden, wenn der private Gebrauch im Arbeitsvertrag vorgesehen war und der Privatgebrauch eine untergeordnete Rolle spielte. Hielten sie sich nicht an diese Regeln, bestand für den Arbeitgeber das Risiko, das Geschäftsfahrzeug im betreffenden EU-Staat verzollen zu müssen. Auf den 1. Mai 2015 wurden die EU-Zollbestimmungen dahingehend geändert, dass der eigene Gebrauch eines Schweizer Geschäftsfahrzeuges durch EU-Grenzgänger nur noch für Fahrten zwischen dem Arbeitsplatz und dem Wohnort des Grenzgängers oder für die Ausführung von im Arbeitsvertrag der betreffenden Person vorgesehenen geschäftlichen Aufgaben gestattet ist. Eine Privatnutzung des Geschäftsfahrzeuges, welche über diese Bereiche hinausgeht, führt grundsätzlich zur Entstehung einer Zoll- und Einfuhrumsatzsteuerschuld im EU-Staat (Wohnsitzland des Grenzgängers). In Deutschland drohen in einem solchen Fall 19 % Einfuhrumsatzsteuer sowie rund 10 % Zollgebühren auf dem Marktwert des entsprechenden Fahrzeuges.

Unternehmen, welche Grenzgängern ein Geschäftsfahrzeug zur Verfügung stellen und dies auch beibehalten wollen, ist daher zu empfehlen, die Grenzgänger arbeitsvertraglich dazu zu verpflichten, das Fahrzeug nur für



fololia.com/Sven Krautwald

Privatfahrten zwischen Wohnung und Arbeitsort und für geschäftliche Fahrten (z.B. Kundenbesuche) zu nutzen. Eine Kopie des Arbeitsvertrages sollte dabei stets im Fahrzeug mitgeführt werden, um sie bei einer Zoll- oder Polizeikontrolle vorweisen zu können. Lediglich durch eine vertragskonforme Nutzung des Geschäftsfahrzeuges kann das Risiko einer Einfuhrversteuerung gänzlich ausgeschlossen werden

EU-Umsatzsteuer: Registrierungs- und Abrechnungspflicht?

Die Zurverfügungstellung eines Schweizer Geschäftsfahrzeuges an einen Grenzgänger, welcher das Fahrzeug für die Fahrt zwischen seiner Wohnung in der EU und der schweizerischen Arbeitsstätte nutzen kann, stellt grundsätzlich eine umsatzsteuerpflichtige Vermietung eines Betriebsmittels dar. Sofern

ein Schweizer Arbeitgeber Grenzgängern ein Geschäftsfahrzeug überlässt, welches diese auch privat nutzen, so droht in Ländern wie Deutschland eine umsatzsteuerliche Registrierung des Schweizer Arbeitgebers.

Fazit und Ausblick

Die Abgabe von Geschäftsfahrzeugen an Grenzgänger und deren private Nutzung birgt sowohl auf EU- als auch auf Schweizer Seite nicht unerhebliche Risiken. Es empfiehlt sich daher, bestehende Regelungen und Vereinbarungen zu hinterfragen. Dabei ist insbesondere den Aspekten Zoll, Umsatz- und Mehrwertsteuer sowie dem Arbeits- und Sozialversicherungsrecht Rechnung zu tragen. Eine umsichtige Handhabung kann unverhoffte Überraschungen vermeiden oder zumindest die grössten Risiken reduzieren.

Generalversammlung der IHK: Die Ostschweizer Wirtschaft traf sich in Degersheim

IHK St.Gallen-Appenzell erneuert Vorstand



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

Die diesjährige Generalversammlung der IHK stand im Zeichen der Erneuerung des Vorstandes und der Verabschiedung zurücktretender Vorstandsmitglieder. Neu im Vorstand sind Katharina Lehmann, Rolf Frei, Otto Hofstetter, Mirko Lehmann und Christof Oswald. Letzterer wurde zudem zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. Vor der Behandlung der statutarischen Traktanden besuchten die IHK-Mitglieder sechs innovative Unternehmen in der Gemeinde Degersheim.

Aus statutarischen Gründen trat ein Drittel des IHK-Vorstandes auf diese Generalversammlung hin zurück: Vizepräsident Heinrich Spoerry (SFS Group, Heerbrugg), Christoph Tobler (Sefar Holding, Thal) sowie Ruedi Lieberherr (Morga, Ebnat-Kappel) aufgrund einer Amtszeitbeschränkung und Martin Menrath (Bühler, Uzwil) aufgrund seiner Pensionierung. Für Präsident Peter Spenger verliert die IHK vier starke Persönlichkeiten: «Sie haben nicht nur in ihren Branchen und Regionen eine führende Stellung eingenommen, sondern stehen beispielhaft für die DNA der Ostschweizer Industrie: Innovationskraft und Weltoffenheit.» Er bedankte sich bei den abtretenden Vorstandsmitgliedern für ihr langjähriges Engagement zugunsten der IHK und der Ostschweizer Wirtschaft.

Fünf neue Vorstandsmitglieder

Zehn bisherige Vorstandsmitglieder stellten sich für eine weitere Amtsdauer zur Verfügung und wurden bestätigt: Ständerat Hans Altherr, Ruedi Eberle, Leodegar Kaufmann, Roland Ledergerber, Urs Marquart, Vincenzo Montinaro, Peter Spenger, Christof Stürm, Max Manuel Vögele und René Wuffli.

Im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen wurden zudem fünf neue Vorstandsmitglieder gewählt. Bei der Auswahl der fünf Persönlichkeiten wurde darauf geachtet, dass die Mitgliederstruktur der IHK hinsichtlich Branchen und Regionen abgebildet bleibt. Neu in

den Vorstand gewählt wurden: Katharina Lehmann (Erlenhof AG mit der Blumer Lehmann AG, Gossau), Rolf Frei (SFS Group, Heerbrugg), Otto Hofstetter (Otto Hofstetter AG, Uznach), Mirko Lehmann (IST AG, Ebnat-Kappel) und Christof Oswald (Bühler AG, Uzwil). Peter Spenger und Roland Ledergerber wurden als Präsident respektive Vizepräsident der IHK St.Gallen-Appenzell bestätigt. Christof Oswald wurde neu zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Unternehmensvertreter wählen

IHK-Präsident Peter Spenger widmete seine Präsidialansprache dem Begriffspaar «Freiheit und Verantwortung». Für ihn kann eine Wirtschaft in ihrer Gesamtheit und in Gestalt ihrer Exponenten nur dann ökonomisch erfolgreich und moralisch verantwortlich handeln, wenn sie frei agieren kann. Die zunehmenden Vorschriften und Regulierungen würden es hingegen regelrecht verunmöglichen, Verantwortung zu übernehmen. «Wer Freiheit will, muss Verantwortung tragen – und ertragen», sagte IHK-Präsident Peter Spenger.

Hinsichtlich der eidgenössischen Wahlen in diesem Herbst ging IHK-Direktor Kurt Weigelt in seiner Rede der Frage nach, weshalb es in den Parlamenten immer weniger Unternehmensvertreter gibt. Er ist überzeugt, dass die Koordinatensysteme von Politik und privater Wirtschaft immer stärker auseinanderdriften. «Unsere Politik bewegt sich innerhalb der im

19. Jahrhundert erkämpften regionalen, kantonalen und nationalen Grenzen.» In der Politik sei es erfolgsversprechender, wenn man vom Sonderfall Schweiz, von Schweizer Vorrang, von der Sicherheit staatlich vorgeschriebener Löhne oder von einer durch Zölle und nicht-tarifären Handelshemmnissen abgeschotteten Marktstellung spreche. Ganz anders bei den Unternehmen: Bei ihnen wehe der Wind aus allen Richtungen und vor allem über alle Grenzen hinweg. Er empfahl deshalb unabhängig von den Parteifarben Unternehmensvertreter ins Parlament zu wählen. Die Unterstützung von Wirtschaftsvertretern ist denn auch das Ziel des IHKfacts-Sonderheftes zu den Wahlen und der Onlineplattform «wir-wählen-wirtschaft.ch».

Unternehmen öffneten ihre Tore

Gastgeberin der diesjährigen Generalversammlung war die Arbeitgebervereinigung der Region Degersheim unter ihrem Präsidenten Ruedi Michel. Er und auch Gemeindepräsidentin Monika Scherrer wendeten sich mit Grussworten an die IHK-Mitglieder.

Wie bei den IHK-Generalversammlungen üblich startete das Programm auch dieses Jahr mit Firmenführungen. Auf sechs Besichtigungstouren ermöglichten Degersheimer Unternehmen exklusive Einblicke. Ihre Tore öffneten: Angehrn AG Umformtechnik, AS Aufzüge AG, Krüger+Co. AG, Lista Office LO, MTM Mühlenbau AG und Treff AG.



weitere Impressionen:



IHK-Arena mit Firmenbesichtigung: Steckt die Europapolitik in der Sackgasse?

Offene Türen für eine offene Schweiz



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

Seit dem 9. Februar 2014 und der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative steckt die Schweiz in einem Dilemma: Die Initiative schreibt für alle Ausländerkategorien Kontingente vor. Gleichzeitig beisst sich dieser Verfassungstext aber mit der Personenfreizügigkeit, die fixer Bestandteil der Bilateralen Verträge mit der EU ist. Und diese Personenfreizügigkeit hat der Schweiz in den letzten Jahren wirtschaftlich stark genützt. Nicht zuletzt dank ihr konnte die Schweiz stärker wachsen als in den Jahren zuvor.

Führung durch die DGS

Die Beziehungen zum Ausland sind und bleiben für die Schweiz von allergrösster Bedeutung. Aus diesem Grund wurden die Aussenbeziehungen im letzten IHKfacts als Schwerpunktthema verschiedentlich beleuchtet. Auch *economiesuisse* ist sehr aktiv: Vor kurzem wurde die Kampagne «stark+vernetzt» gestartet, die über die Wichtigkeit guter Auslandsbeziehungen aufklärt. Gemeinsam organisieren die beiden Wirtschaftsverbände am 22. September 2015 in St. Gallen eine IHK-Arena – eine öffentliche Podiumsdiskussion. Diese findet jedoch nicht in einem auswechselbaren Saal statt, sondern dort, wo die Beziehungen zum Ausland überlebenswichtig sind: in einem Industrieunternehmen, konkret der DGS Druckguss Systeme AG in St. Gallen-Winkeln. Als Produzentin von Leichtmetall-Komponenten für die Automobilindustrie

Zusammen mit *economiesuisse* organisiert die IHK St. Gallen-Appenzell am 22. September ein öffentliches Podiumsgespräch zur wirtschaftlichen Vernetzung der Schweiz mit dem Ausland. Walter Locher, FDP-Kantonsrat und Verwaltungsratspräsident der DGS Druckguss Systeme AG, wird mit SVP-Nationalrat Thomas Müller die verbalen Klängen kreuzen. Zuvor findet eine Firmenbesichtigung durch die Produktionshallen der DGS in St. Gallen-Winkeln statt.



Nationalrat Thomas Müller



Kantonsrat Walter Locher

und den Apparatebau ist sie auf die Absatzmärkte in Europa angewiesen. Vor Beginn der eigentlichen Veranstaltung findet eine Führung durch das Unternehmen statt.

Locher gegen Müller

Beim Podiumsgespräch selbst tritt SVP-Nationalrat Thomas Müller gegen Walter Locher an, FDP-Kantonsrat und Verwaltungsratspräsident der DGS. Eingeführt wird die Diskussion durch ein Referat von Jan Atteslander, Leiter Aussenwirtschaft von *economiesuisse*.

IHK-Arena

Dienstag, 22. September, ab 18 Uhr
DGS Druckguss Systeme AG, St. Gallen

17.30 Uhr

Eintreffen, Besammlung

18.00 Uhr

Einführung DGS Druckguss Systeme AG durch Andreas Müller (CEO, DGS Druckguss Systeme AG)

18.15 Uhr

Firmenbesichtigung

19.00 Uhr

Beginn der Veranstaltung, Begrüssung durch Dr. Kurt Weigelt (Direktor IHK St. Gallen-Appenzell)

19.05 Uhr

Referat von Dr. Jan Atteslander (Leiter Aussenwirtschaft, *economiesuisse*)

19.20 Uhr

Podiumsdiskussion mit Kantonsrat Dr. Walter Locher (FDP, VR-Präsident DGS Druckguss Systeme AG) und Nationalrat Thomas Müller (SVP, Stadtpräsident Rorschach), moderiert von Dr. Sven Bradke (Geschäftsführer Mediapolis AG), anschliessend Fragen aus dem Publikum

20.20 Uhr

Schlusswort, anschliessend Imbiss

21.15 Uhr

Ende der Veranstaltung

Die IHK-Arena ist eine öffentliche Veranstaltung. Aufgrund der beschränkten Platzzahl wird eine Anmeldung empfohlen (organisation@ihk.ch, Tel. 071 224 10 10).



Neu im IHK-Vorstand: Rolf Frei, CFO der SFS Gruppe

«Schweizer Unternehmen haben eine hohe Innovationskraft»



Robert Stadler
Leiter Kommunikation /
Stv. Direktor IHK

Mit Rolf Frei ist seit Kurzem der Finanzchef der Rheintaler SFS Gruppe Mitglied des IHK-Vorstandes. Während ihn letztes Jahr vor allem der Börsengang des Unternehmens beschäftigte, ist es seit dem 15. Januar 2015 (wieder) der starke Franken. Allen Nachteilen zum Trotz glaubt er jedoch fest an den Produktionsstandort Schweiz. Den Ausgleich zu seinem Beruf findet er in der Musikgesellschaft Konkordia Widnau und beim Wandern.

Als das Treffen mit Rolf Frei in Heerbrugg stattfindet, steht beim Finanzchef der SFS Gruppe unter anderem gerade der Halbjahresbericht auf der Pendenzenliste. Das Aufbereiten von Finanzdaten gehört zu seinen Aufgaben – nicht erst seit dem Börsengang vom letzten Jahr. Schon vorher lebte SFS eine transparente Grundhaltung. Nicht zuletzt, weil schon zuvor rund 650 Mitarbeitende Aktionäre waren und ein Recht auf Informationen hatten. Das Projekt IPO war dennoch mit viel Aufwand verbunden und stellte zweifellos einen Meilenstein dar, auf den Rolf Frei mit Freude zurückblickt: «Der Fahrplan konnte minutiös eingehalten werden und alles lief exakt nach Plan ab.»

Währung fordert heraus

Jetzt beschäftigt das Unternehmen vor allem die Währungssituation mit dem weiter erstarkten Franken. «Die Aufwertung von 2011 hatten wir mittlerweile gut verdaut. Doch der 15. Januar warf uns wieder aufs Feld 1 zurück», erklärt Frei. Nun seien alle gefordert, die Kostenbasis zu senken. Dazu gehört eine um zwei Stunden verlängerte Wochenarbeitszeit, nur noch fünf statt sechs Wochen Ferien oder die Kürzung des Salärs von Management und Verwaltungsrat um zehn Prozent. Auch wenn der Produktionsstandort Schweiz teuer ist: SFS steht zum Rheintal und will die Arbeitsplätze hier verteidigen. Möglich ist dies, indem neue und innovative Produkte, bei denen Know-how gefordert ist, in der Schweiz produziert werden.

Rolf Frei glaubt – allen Unkenrufen einer schleichenden Deindustrialisierung zum Trotz – fest an die Zukunft des Produktionslandes Schweiz. «Die Schweizer Unternehmen haben eine hohe Innovationskraft», zeigt sich Frei überzeugt. Sie seien schon früher unter Kostendruck gekommen und reagierten immer wieder mit innovativen Produkten.

Waldhorn und Wandern

Für die SFS sind im Rheintal auch die Mitarbeitenden ein enormer Pluspunkt. «Sie sind sehr leidenschaftlich bei der Sache, denken unternehmerisch und identifizieren sich stark mit dem Unternehmen», schwärmt Rolf Frei. Langjährige Karrieren sind bei SFS keine Seltenheit. Auch Rolf Frei ist ein typisches Beispiel: 1981 trat er als Controller ein und konnte sich laufend weiterentwickeln. Seit 2003 ist er CFO und seit 2008 leitet er zudem die SFS services AG.

Doch neben dem Finanzchef gibt es auch einen privaten Rolf Frei. Seit der Jugend ist er bei der Musikgesellschaft Konkordia Widnau engagiert, wo er mit seinem Waldhorn für den richtigen Ton sorgt. Der Verein ist für ihn ein wichtiger Ausgleich. Nicht nur wegen der Blasmusik, sondern auch wegen des Freundeskreises, der in den letzten 45 Jahren Vereinsmitgliedschaft entstanden ist.

Mit dem Wandern hat ein weiteres Hobby in den letzten Jahren für Rolf Frei an Bedeutung gewonnen. Nachdem er vor vier Jahren mit



einigen Kollegen den Piz Palü bestiegen hat, setzt sich die Wandertruppe immer höhere Ziele: Letztes Jahr war es der Kilimandjaro und im September ist eine Spaghetti-Tour geplant, bei der acht oder neun 4000er im Monte-Rosa-Gebirgsmassiv erklommen werden sollen.

Auch mit seiner Frau genießt er ausgedehnte Wanderungen sowie Biketouren und im Winter gehen die Freis Langlaufen. Dafür sind sie häufig im Oberengadin anzutreffen. Wobei «häufig» relativ ist: «Aus meiner Sicht sind wir häufig im Engadin – aus Sicht meiner Frau zu selten...», sagt Frei schmunzelnd.

» Wir sind die Partei der Wirtschaft!

48% aller KMU-Verantwortlichen empfehlen die FDP zur Wahl.*

*Repräsentative gfs-Umfrage vom Juli 2015 im Auftrag der succèSuisse

fdp.sg



MARQUART
Elektroplanung + Beratung

» Die Differenz zwischen 99 und 100 Prozent ist die zwischen Zufriedenheit und Begeisterung «

Buchs Winterthur Altstätten Chur Vaduz www.maq.ch



«Die Alternative für verantwortungsbewusste Unternehmer»

NATIONALRATSWAHLEN
LISTE 16.5

**NILS
RICKERT**

ORGANISATIONSBERATER UND UNTERNEHMER

A. Kuster Sirocco AG, Schmerikon

1908 hat Alfons Kuster am Oberen Zürichsee seine Kaffeerösterei gegründet. Das Unternehmen bietet Kaffee- und Tee-Spezialitäten an und vertreibt seine Produkte über den gehobenen Schweizer Einzelhandel und die Gastronomie. Die A. Kuster Sirocco AG exportiert weltweit – auch an namhafte Einzelhändler wie Harrods in London oder führende Fluggesellschaften. Geschäftsführer Ralph Grüninger erklärt, weshalb seine Firma vor Kurzem IHK-Mitglied wurde.

Wie haben Sie die IHK St.Gallen-Appenzell bisher – aus Aussensperspektive – wahrgenommen?

Wir haben die IHK als speditiven und verlässlichen Partner seit Jahren wahrgenommen, insbesondere haben wir für unsere Exporte ausserhalb der EU Bedarf an Beglaubigungen von Ursprungszeugnissen.

Weshalb wurden Sie Mitglied?

Neben dem Service für Messe-Transporte (Carnets) hatten wir im Laufe der letzten

Jahre auch vermehrt Bedarf an Schulungen für unsere Mitarbeiter und möchten hier gerne auch von den vorteilhaften Konditionen profitieren.

Und welche konkreten Hoffnungen haben Sie in Bezug auf Ihre IHK-Mitgliedschaft?

Wir freuen uns auf eine professionelle Zusammenarbeit und hoffen, dadurch unser kleines Unternehmen noch besser für die täglichen Herausforderungen zu rüsten.

In welchen Bereichen wünschen Sie sich künftig ein starkes Engagement der IHK?

Auf unserem speziellen Gebiet, dem Handel mit Tee und Kaffee, gibt es nach wie vor in verschiedenen Bereichen Hindernisse. Hier würden wir uns über Unterstützung freuen.

Welche Neuerungen stehen in Ihrem Unternehmen aktuell an?

Wir tätigen zurzeit grössere Investitionen in unsere IT und neue Produktionsanlagen, um so unsere Kundschaft in Zukunft noch schneller bedienen zu können.

Neue Mitglieder der IHK

Wir freuen uns, dass wiederum viele neue Mitglieder unserer Organisation beigetreten sind, und heissen diese herzlich willkommen:

A. Kuster Sirocco AG, Schmerikon; Handel und Verkauf von Kaffee und Tee

Brühwiler AG Bauingenieure und Planer, Wil; Planungs- und Ingenieursdienstleistungen. Bau

constag ag, Märstetten; ICT Beratung, Projektmanagement, Interimsmanagement

Dentasource GmbH, Waldstatt; Handel und Herstellung von zahnärztlichen Produkten

Dual Education GmbH, Goldach; Entwicklung einer webbasierten Software für die Rekrutierung von Lernenden

EKM Swiss AG, Herisau; Planung und Realisierung von Leitungsnetzen, im Speziellen von Glasfasernetzen

Espro AG, St.Gallen; Ingenieurbüro für Elektro- und Sanitärprojekte

Galerie Wilmsen GmbH, Rheineck; Verkauf von Kunstbildern und Skulpturen

GALLUS MEDIA AG, St.Gallen; Ton- und Bildproduktionen, Eventbetreuung, Planung und Installation von Audio-Video- und Medientechnik

Grünenfelder + Keller Wil AG, Wil; Tiefbau

Helsana Versicherungen AG, Generalagentur St.Gallen, St.Gallen; Vertrieb von Personenversicherungen für Private und Firmen

Intellion AG, St.Gallen; Entwicklung und Implementation von funkbasierten Logistiklösungen

Ivatech SA, Roche VD; Grosshandel von Strassensignalisationen und Absperrungen

Labcom AG, Herisau; Software-Entwicklung

PICCA Bausysteme AG, Waldstatt; Handel mit Gebäudehüllen, Dach-, Wand- und Fassadensystemen

Platzhirsch Immobilien Treuhand GmbH, St.Gallen; Immobilienberatung, Verwaltung, Vermietung und Vermittlung von Liegenschaften sowie Bautreuhand

Saccon Beratungen, Rheineck; Beratung im Sozialversicherungsbereich, Pensionskasse Vorsorge, Versicherungsmakler

Raiffeisenbank Flawil-Degersheim-Mogelsberg-Oberuzwil Genossenschaft, Flawil; Bankdienstleistungen

SME Ventus GmbH, Altstätten; Beratungsunternehmen für industrielle KMU

Technische Einkaufsberatung Alexander Riezler, Berneck; Beratungstätigkeit im technischen Einkauf mit dem Ziel, Kosten des Einkaufsvolumens zu senken

Telecom Liechtenstein AG, Vaduz; Konvergenter Full-Service-Provider

Terradata Ost AG, Gossau; Vermessung und Geoinformation

TS Tor und Service AG, Muolen; Planung, Verkauf, Montage, Reparatur und Wartung von Industrietoren und -türen, Andocksystemen und Brandschutzturen

units IM-TECHNOLOGY AG, Au; Industrielle Messtechnik, Engineering, Consulting

wissen.org Consulting GmbH, Egnach; Unternehmens- und Organisationsentwicklung, Managementsysteme

WOHNKONZEPT AG, St.Gallen; Halten und Bewirtschaften von Immobilien

AG Cilander erlangt STeP-Zertifizierung

Sustainable Textile Production (STeP by OEKO-TEX®) ist ein Zertifizierungssystem für Marken, Handelsunternehmen und Hersteller in der textilen Kette, welche ihre Leistungen in Bezug auf nachhaltige Produktionsbedingungen in einfacher und transparenter Form nach aussen kommunizieren möchten.

AG Cilander hat in der Bewertung der Gesamtleistung, welche die Bereiche Umweltleistung, Umweltmanagement, Chemikalienmanagement, Qualitätsmanagement, soziale Verantwortung, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit umfasst, alle Anforderungen erfüllt und mit Level 3 die höchste Bewertung erlangt. Mit den erzielten Werten liegt AG Cilander im internationalen wie auch im lokalen Vergleich deutlich über dem Branchendurchschnitt. Das Ziel der dauerhaften Umsetzung von umweltfreundlichen Produktionsprozessen, optimalem Arbeits- und Gesundheitsschutz und bestmöglichen Arbeitsbedingungen wird weiter effektiv verfolgt.

Bischoff Textil AG: Reto Spaar ist neuer Verwaltungsratspräsident

Max R. Hungerbühler trat an der Generalversammlung der Bischoff Textil AG altershalber als Verwaltungsratspräsident zurück. Er gab nach mehr als zwanzig Jahren die strategische Unternehmensführung an seinen Verwaltungsratskollegen und Treuhandexperten Reto Spaar ab.

Hungerbühler setzte während seiner Amtszeit als CEO (1993–2010) und Verwaltungsrat auf eine gezielte Internationalisierung. Als Ergebnis dieser progressiven und in der Branche wegweisenden Strategie besitzt die Bischoff



Textil AG St. Gallen heute Unternehmungen in der Türkei, in Thailand, den USA und in Sri Lanka. Das Kerngeschäft umfasst nach wie vor Stickereien, die bei Dessous, in der Haute Couture oder in der Prêt-a-porter-Mode zum Einsatz kommen. Diese Produkte werden meist in St. Gallen entwickelt und dann in der Schweiz oder in anderen Niederlassungen hergestellt. Neben dem branchentypisch volatilen Textilgeschäft gehören auch Immobilien zur Geschäftstätigkeit der Firma. Nach der Übergabe der operativen Führung an Thomas Meyer und seinen Bruder Markus Anfang 2010 konzentrierte sich Hungerbühler auf das Präsidium des Verwaltungsrates. Der ehemalige Präsident der IHK St. Gallen-Appenzell und des Schweizerischen Textilverbandes freut sich, die Bischoff Textil AG als führenden Schweizer Stickereiproduzenten gut aufgestellt seinem Nachfolger im Amt übergeben zu können. Als Dank für seine fast 40-jährige, äusserst engagierte und erfolgreiche Tätigkeit wurde Max R. Hungerbühler der Titel eines Ehrenpräsidenten verliehen.

Der neue Verwaltungsratspräsident Reto Spaar kennt die Bischoff Textil AG seit Jahrzehnten, absolvierte er doch bereits während seiner Stu-

dienzeit im Jahre 1989 ein längeres Praktikum bei der amerikanischen Tochter der Firma in New Jersey. Seit 2007 ist er im Verwaltungsrat der Holding und seit 2011 auch bei der Bischoff Textil AG. Als Geschäftsführender Partner der Treviso Revisions AG in St. Gallen widmete er sich im Verwaltungsrat vor allem finanztechnischen Fragen. Als neuer Präsident zeichnet er nun auch für die strategische Unternehmensentwicklung verantwortlich.

VAT feierte 50-Jahr-Jubiläum

Vor 50 Jahren gründete Siegfried Schertler in Haag mit kleinem Startbudget ein ebenso kleines Unternehmen. Innert wenigen Jahren brachte er seine Vakuumventile weltweit an den Markt. Heute beschäftigt VAT über 1 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Standorten auf der ganzen Welt. In über 50 Länder werden jährlich 200 000 hochvakuumdichte Ventile geliefert. Längst ist VAT nicht mehr nur regional, sondern weltweit von grosser Bedeutung.

Mit einer Jubiläums-Gala im elegant dekorierten Festzelt wurde das Jubiläum im Juni gebührend gefeiert. Gäste aus Politik und Wirtschaft, Nachbarn, Geschäftsleitung und Verwaltungsrat von VAT feierten unter dem Motto «Wir sind Feuer und Flamme» das 50-jährige Bestehen. Einen Tag später wurde der Jubiläums-Event für die Belegschaft sowie deren Familien und Freunde eröffnet. Nebst einem Kinderparadies mit vielen Attraktionen, Festwirtschaft, Live-Musik und Feuershows konnten die rund 2 800 Besucher einen interessanten Rundgang durch die Firmengebäude der VAT geniessen.

Grillfleisch aus dem Automaten

Getränke- und Snackautomaten gehören längst zur Grundausstattung von öffentlichen Einrichtungen oder in Pausenräumen von Unternehmen. Auch einige Floristen bieten via Verkaufsautomaten Einkaufsmöglichkeiten rund um die Uhr an. Automaten mit Fleischspezialitäten sind allerdings noch ein Novum. Einen davon gibt es seit Kurzem im appenzelischen Steinegg auf dem Gelände der Breitenmoser Fleischspezialitäten AG. Die Lage ist günstig: Der Wanderweg von Weissbad nach Appenzell führt direkt daran vorbei und lädt mit zwei öffentlichen Grillstellen zur Rast ein.

Impressum

IHKfacts – Das Wirtschaftsmagazin

Herausgeberin: Industrie- und Handelskammer IHK St.Gallen-Appenzell, Gallusstrasse 16, 9001 St.Gallen, Telefon 071 224 10 10, Fax 071 224 10 60, info@ihk.ch, www.ihk.ch

Redaktionsleitung: IHK, Robert Stadler, Telefon 071 224 10 10, robert.stadler@ihk.ch

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Dr. Frank Bodmer, Augustin Saleem, Simon Scherrer, Dr. Kurt Weigelt
Anzeigenverkauf: IHK, Katia Zambelli, Telefon 071 224 10 14, katia.zambelli@ihk.ch

Layout und Druck: galledia ag, Burgauerstrasse 50, 9230 Flawil
 www.galledia.ch

Auflage: Druckauflage 8000 Exemplare

Erscheinungen: 4-mal jährlich, Februar, April, August, November



Der innovative Fleischautomat wurde von der Leomat AG in Tübach realisiert. Hergestellt wird der neuartige Verkaufsautomat von der deutschen Wurlitzer AG und ist speziell für



den Verkauf von Frischprodukten und für den Standort im Freien konzipiert. Leomat genießt das Exklusivrecht für den Vertrieb der Wurlitzer Verkaufsautomaten in der Ostschweiz. Auch für die Innenausstattung ist Leomat zuständig. «Die Anzahl und Aufteilung der Warenfächer, das Zubehör und die Funktionen beispielsweise passen wir individuell an das Sortiment und die besonderen Bedürfnisse der Kundschaft an», erklärt Daniel Büchel, Geschäftsführer von Leomat.

Tschudy Druck und Typotron legen Geschäftstätigkeit zusammen

Die Druckindustrie sieht sich mit gewaltigen technologischen und strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Um sich in diesem

Umfeld auch in Zukunft erfolgreich zu positionieren, legten die St.Galler Druckereien Tschudy Druck AG und Typotron AG ihre Geschäftstätigkeiten zusammen. Das zusammengeführte Unternehmen ist am bisherigen Standort der Typotron AG an der Scheidwegstrasse 18 in St. Gallen domiziliert und heisst Typotron AG. Patrick Gimmi, heutiger Geschäftsführer der Tschudy Druck AG, übernimmt die Geschäftsleitung der Typotron AG von Michael Vogt. Dieser wird sich zukünftig als Gründer und Geschäftsführer der Extreprint GmbH, Staad, um die Weiterentwicklung des spezialisierten Internet-Portals kümmern. Er scheidet aus der Typotron AG aus, wird dieser jedoch als Auftraggeber verbunden bleiben. Die Typotron AG wird als Nachfolgerin der Tschudy Druck AG eine Schwestergesellschaft der Ostschweiz Druck AG, Wittenbach. Der Verwaltungsrat setzt sich aus Rino Frei und Urs Kolb zusammen.

MS Mail Service und rbc Solutions schliessen sich zusammen

Die St. Galler Outsourcing-Partnerin im Distanzhandel MS Mail Service AG und die Contact-Management-Spezialistin rbc Solutions AG aus Meilen haben sich zusammengeschlossen und firmieren seit dem 1. Juni 2015 unter dem Namen MS Direct AG mit Sitz in St. Gallen. Durch die sich ergänzenden Leistungsleistungen der beiden traditionsreichen Familienunternehmen wird MS Direct zur schweizweit führenden Gesamtanbieterin für sämtliche Kundeninteraktionen. Ihre Auftraggeber profitieren von einem umfassenden Angebot aus einer Hand. Das Unternehmen unter der Führung des bisherigen CEO von rbc, Tobie Witzig, beschäftigt an seinen Standorten in St. Gallen, Meilen, Muttenz,

Wittenbach, Adligenswil und Lauterach (Österreich) rund 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erwirtschaftet einen durchschnittlichen Jahresumsatz von rund 100 Millionen Schweizer Franken. Ein Stellenabbau ist laut Verwaltungsratspräsident und Group CEO Milo Stössel nicht vorgesehen, im Gegenteil: «Wir möchten gemeinsam mit unseren Kunden weiter wachsen.»

Flammhemmendes Polyamid 6.6

In einer Schweizer Kooperation – vom Garn, über den Zwirn bis zum Band – wird das erste permanent flammhemmende PA 6.6 in Form eines Klettverschlusses auf der Leitmesse für technische Textilien, der Techtexil, präsentiert. Dieses neue Produkt zeigt die Innovationsfähigkeit der Schweizer Textilindustrie. Mit dem von EMS-GRILTECH, einem Geschäftsbereich der EMS-CHEMIE AG, Domat/Ems, entwickelten, permanent flammhemmenden PA 6.6 Grilon FR® produziert bäumlin & ernst ag, Wattwil, hochwertige und auf den Kundeneinsatz abgestimmte Zwirne, Texturgarne und Lufttexturgarne. Die Firma Kuny AG, Küttigen, fertigt daraus Haftbänder für den Einsatz in den Bereichen Bezugstoffe (Luftfahrt) und Schutzbekleidung (Feuerwehr). Diese Material bietet dem Träger neben dem Schutz vor Verbrennungen zusätzlich hohe Gebrauchseigenschaften wie Waschbeständigkeit (95 Grad), eine dauerhafte Abschälfestigkeit nach ISO 3415 (Öffnungs- und Schliesszyklen) und verhindert durch das im Garn fix verankerte flammende Additiv eine toxische Rauchentwicklung. Die bisher getesteten Klettverschlüsse haben die Norm für Bezugstoffe in der Luftfahrt und für Schutzbekleidung. All dies ohne eine zusätzlich ökologisch belastende Ausrüstung, was einen weiteren Mehrwert darstellt.

Industrieverein Appenzell Ausserrhoden

Hauptversammlung

Am 28. Mai 2015 fand in Urnäsch die Hauptversammlung statt. In seinem Gastreferat plädierte Lino Guzzella, Präsident der ETH Zürich, für eine Innovationsoffensive. Er forderte mehr Investitionen in die Bildung, damit der Wohl-

stand gehalten werden kann. Für Innovationen braucht es Theoretiker, Umsetzer und Praktiker gleichermaßen. Er sprach sich klar gegen eine höhere gymnasiale Maturitätsquote aus. Im Anschluss an die Versammlung erläuterte Nationalrat Andrea Caroni kurz die schädlichen Auswirkungen der Erbschaftssteuerinitiative, insbesondere für Familienunternehmen.

Betriebe lernen einander kennen

Am 10. September 2015 findet für die Mitglieder des Industrievereins der nächste Anlass beim Urnäsch Kosmetikerhersteller intracosmed ag statt.

Datum	Veranstaltungsreihe	Veranstaltung	Ort	Zeit
SEPTEMBER 2015				
02.09.	IHK merchants club	Dinner Talk: Gast: Franco Knie, Zirkus Knie	IHK St.Gallen-Appenzell	18.30–21.45
09.09.	IHK academy	Exportseminar: MwSt beim grenzüberschreitenden Warenverkehr	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–17.00
16.09.	IHK academy	Exportseminar: Tarifierung & Zollgebühren	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–12.00
18.09.	IHK merchants club	Time Out: Tennisturnier	TCSG St.Gallen, Gatterstr. 10, St.Gallen	Ganztags
23.09.	IHK merchants club	Women Only: Leidenschaft Saxophon... Keeshea – eine Lady geht Sax. Gast: Edith Yahney, Musikerin	IHK St.Gallen-Appenzell	12.00–13.30
22.09.	IHK-Arena	Offene Türen für eine offene Schweiz	DGS Druckguss Systeme, St.Gallen-Winkeln	Ab 17.00
24.09.	IHK merchants club	IHK Stammtisch	IHK St.Gallen-Appenzell	17.00–19.00
OKTOBER 2015				
01.10.	IHK academy	Exportseminar: EU-Verzollungen – Vorteile für den Schweizer Exporteur und den EU-Kunden	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–12.00
22.10.	IHK academy	Exportseminar: Exportformalitäten beim Export in die EU und andere Drittländer	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–17.00
29.10.	IHK academy	Exportseminar: Ursprungszeugnisse korrekt erstellen	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–12.00
NOVEMBER 2015				
10.11.	IHK merchants club	Business Lunch: Business-Knigge updates Gast: Christian Leschzyk, Stilgerecht GmbH	IHK St.Gallen-Appenzell	12.00–13.30
23.11.	Zukunft Ostschweiz	Konjunkturforum der IHK St.Gallen-Appenzell und der St.Galler Kantonalbank	Olma Halle 2.1, St.Gallen	17.00–19.30
25.11.	IHK merchants club	Women Only: Leidenschaft Gastronomie Gast: Monika Engler	Restaurant Neubad, Bankgasse 6, St.Gallen	12.00–13.30
26.11.	IHK academy	Exportseminar: Freihandelsabkommen und –systeme, Präferenzielle Ursprungsregeln	IHK St.Gallen-Appenzell	08.30–17.00
26.11.	IHK merchants club	IHK Stammtisch	IHK St.Gallen-Appenzell	17.00–19.00
DEZEMBER 2015				
01.12.	IHK merchants club	Business-Lunch: Festschmaus mit Jan Brosinsky, Chefkoch Radisson Blu Hotel	IHK St.Gallen-Appenzell	12.00–13.30

VORANKÜNDIGUNG

07.03.2016	EcoOst – das Symposium	Einstein Congress	12.00–18.00
22.06.2016	IHK-Jubiläums-Generalversammlung mit anschliessendem Fest der Ostschweizer Wirtschaft: «Seit 550 Jahren in der Ostschweiz daheim und in der Welt zuhause»	Olma Hallen 2.1 und 3.1, St.Gallen	Ab 17.00 Uhr



Informationen und Anmeldungen unter
www.ihk.ch > Veranstaltungen



SIE WOLLEN HÖCHSTLEISTUNG ERBRINGEN – WIR WOLLEN, DASS SIE GESUND BLEIBEN

Frauen neigen oft dazu noch mehr zu leisten, um in der männerdominierten Arbeitswelt, eine angemessene Position und Anerkennung zu erhalten. Das verdient unsere Hochachtung. Wir nehmen uns diese Frauen zum Vorbild: Denn dank modernster Medizin, interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen ausgewiesenen Fachärzten und erfahrenem Pflegefachpersonal, gepaart mit Hotellerieleistungen, zählt unsere Klinik zu den besten der Schweiz. Und das Wichtigste: Bei uns müssen Sie keine Höchstleistung erbringen – denn Sie stehen schon im Mittelpunkt.

KOMPETENZ DIE VERTRAUEN SCHAFFT.

HIRSLANDEN
A MEDICLINIC INTERNATIONAL COMPANY



Leidenschaftlich. Gut. Beraten.

HYPO
LANDESBANK
VORARLBERG

Wir betreuen Ostschweizer Unternehmen mit Vorarlberger Herzlichkeit

Nutzen Sie die Vorarlberger Wirtschaftskraft auch für Ihr Unternehmen – mitten in St. Gallen an der Bankgasse 1. Regional verankert und international vernetzt, bieten wir Ihnen nicht nur ein komplettes Dienstleistungsangebot, sondern schaffen echte Mehrwerte – ganz in der Tradition der österreichischen Servicequalität. Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich zu Ihren Finanzen beraten.



Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank
Aktiengesellschaft Bregenz, Zweigniederlassung St. Gallen
Bankgasse 1, Postfach 64, CH-9004 St. Gallen
Tel. +41 71 228 85 00, Fax +41 71 228 85 19
www.hypobank.ch



Nehmen Sie Platz. Ihre Hypo Vorarlberg



Forschen, statt Kaffeesatz lesen

Als Hochschule für Angewandte Wissenschaften liefert die FHS St.Gallen solide Grundlagen für wichtige Entscheide. Sechs Institute und zahlreiche Kompetenzzentren arbeiten interdisziplinär, um komplexe Fragen aus Wirtschaft und Gesellschaft zu beantworten. Dabei hat sich die FHS St.Gallen auf praxisnahe Forschung und Dienstleistung spezialisiert in den Bereichen:

- Nachhaltige Unternehmensentwicklung
- Innovations- und Komplexitätsmanagement
- eSociety
- Generationen
- Soziale Räume
- Ethik und Nachhaltigkeit

Weitere Informationen: www.fhsg.ch/forschung oder +41 71 226 14 00.